

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
Telefax 041 349 14 81
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**
Sitzungsdatum **26. Mai 2011, 16.00 – 20.15 Uhr**
Sitzungsort **Pfarreizentrum**
Vorsitz **Robert Odermatt**

PROTOKOLL NR. 325

Anwesend **27 Einwohnerratsmitglieder**
5 Gemeinderatsmitglieder
1 Gemeindeschreiber

Entschuldigt - **Deschwanden Reto**
- **Jenni Roger (anwesend bis 18.00 Uhr)**
- **Nussbaum Ulrich (anwesend ab 16.20 Uhr)**
- **Scammacca Albisser Miriam**
- **Zemp Thomas**

Traktandenliste

- | | |
|--|----------|
| 1. Vereidigung der neuen Ratsmitglieder | Seite 3 |
| 2. Ersatzwahl für zurückgetretene Kommissionsmitglieder | Seite 3 |
| 3. Ersatzwahl einer Delegierten-Stellvertretung des Gemeindeverbandes Amtsvormundschaft Luzern-Land | Seite 5 |
| 4. Bericht und Antrag Nr. 1446 Schulentwicklung Horw 2011 - 2021 | Seite 5 |
| 5. Bericht und Antrag Nr. 1449 Entschädigung der Schulpflege | Seite 11 |
| 6. Bericht und Antrag Nr. 1448 Jahresrechnung 2010 | Seite 17 |
| 7. Fragestunde | Seite 18 |
| 8. Bericht und Antrag Nr. 1450 Jahresbericht 2010 | Seite 26 |
| 9. Bericht und Antrag Nr. 1451 Abrechnung Sonderkredit energiepolitisches Programm 2007 - 2010 | Seite 29 |

Sprecher/in

Robert Odermatt
(SVP)

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Mitteilungen des Präsidenten

Rücktritt

Sie konnten der Presse entnehmen, dass unser Ratskollege René Meyer aus gesundheitlichen Gründen sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat. Dieses ist bewilligt worden und ich wünsche Herrn Meyer an dieser Stelle eine rasche Genesung.

Gratulationen

Als Einwohnerratspräsident durfte ich seit der letzten Sitzung 29 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratulieren.

Repräsentationen

Ich durfte den Rat an folgenden Anlässen vertreten:

- Galabend anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der Feuerwehr Horw
- Nachtessen der Altpräsidentinnen und -präsidenten

Einbürgerungen

An ihrer Sitzung vom 9. Mai 2011 hat unsere Bürgerrechtsdelegation drei Personen das Horwer Bürgerrecht zugesichert, und zwar einem Kind aus Angola, einem Kind aus Bosnien-Herzegowina und einer erwachsenen Person aus Mazedonien.

Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 324 der Sitzung vom 14. April 2011 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Neueingänge

27. April 2011: Motion Nr. 268/2011 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Einbindung der Zentralbahn in die Entwicklung der Zentrumszone Bahnhof
27. April 2011: Postulat Nr. 624/2011 von Heiri Schwegler, L2O, und Mitunterzeichnenden: Energiepolitisches Programm effizient umsetzen
13. Mai 2011: Postulat Nr. 625/2011 von Ruth Strässle-Erismann Ruth, FDP, und Mitunterzeichnenden: Buslinie 21 – Viertelstundentakt über den Mittag

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

Da Herr Jenni die Sitzung um 18.00 Uhr verlassen muss, schlage ich vor, das von ihm eingereichte Postulat Nr. 623/2011, Koordination des Individualverkehrs in Luzern und Agglomeration, abzutraktandieren und dieses an der Juni-Sitzung zu behandeln. Herr Jenni wurde entsprechend informiert und ist mit dem Vorgehen einverstanden.

Dem Vorschlag, das Postulat Nr. 623/2011 abzutraktandieren, wird nicht opponiert.

1. Vereidigung der neuen Ratsmitglieder

Reto von Glutz, SVP, wird als neues Ratsmitglied vereidigt. Er tritt die Nachfolge von René Meyer, SVP, an.

Robert Odermatt
(SVP)

Marcel Wirz, FDP, wird als neues Ratsmitglied vereidigt. Er tritt die Nachfolge von Beat Imboden, FDP, an.

Claudia Meier, L2O, wird als neues Ratsmitglied vereidigt. Sie tritt die Nachfolge von Jörg Stalder, L2O, an.

2. Ersatzwahl für zurückgetretene Kommissionsmitglieder

Mitglied Bürgerrechtsdelegation

Als Mitglied der Bürgerrechtsdelegation schlägt Ihnen die SVP-Fraktion Herrn Reto von Glutz vor.

Roland Bühlmann
(SVP)

Wahlergebnis:

| | |
|-------------------------|----|
| Ausgeteilte Wahlzettel | 26 |
| Eingegangene Wahlzettel | 26 |
| Ungültige Wahlzettel | 0 |
| Leere Wahlzettel | 2 |
| Gültige Wahlzettel | 24 |
| Absolutes Mehr | 13 |

Robert Odermatt
(SVP)

Gewählt ist mit 24 Stimmen Herr Reto von Glutz.

Stimmzähler

Als Stimmzähler schlägt Ihnen die SVP-Fraktion Herrn Reto Eberhard vor.

Roland Bühlmann
(SVP)

Wahlergebnis:

| | |
|-------------------------|----|
| Ausgeteilte Wahlzettel | 26 |
| Eingegangene Wahlzettel | 26 |
| Ungültige Wahlzettel | 0 |
| Leere Wahlzettel | 1 |
| Gültige Wahlzettel | 25 |
| Absolutes Mehr | 13 |

Robert Odermatt
(SVP)

Gewählt ist mit 25 Stimmen Herr Reto Eberhard.

Mitglied Geschäftsprüfungskommission

Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission schlägt Ihnen die FDP-Fraktion das bisherige Ersatzmitglied Herrn Urs Rölli vor.

Wahlergebnis:

| | |
|-------------------------|----|
| Ausgeteilte Wahlzettel | 26 |
| Eingegangene Wahlzettel | 26 |
| Ungültige Wahlzettel | 0 |
| Leere Wahlzettel | 10 |
| Gültige Wahlzettel | 16 |
| Absolutes Mehr | 9 |

Gewählt ist mit 15 Stimmen Herr Urs Rölli.

Ersatzstimmenzähler

Als Ersatz-Stimmenzähler schlägt Ihnen die SVP-Fraktion Herrn Reto von Glutz vor.

Wahlergebnis:

| | |
|-------------------------|----|
| Ausgeteilte Wahlzettel | 26 |
| Eingegangene Wahlzettel | 26 |
| Ungültige Wahlzettel | 0 |
| Leere Wahlzettel | 1 |
| Gültige Wahlzettel | 25 |
| Absolutes Mehr | 13 |

Gewählt ist mit 25 Stimmen Herr Reto von Glutz.

Ersatzmitglied Geschäftsprüfungskommission

Als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission schlägt Ihnen die FDP-Fraktion Herrn Marcel Wirz vor.

Wahlergebnis:

| | |
|-------------------------|----|
| Ausgeteilte Wahlzettel | 27 |
| Eingegangene Wahlzettel | 27 |
| Ungültige Wahlzettel | 0 |
| Leere Wahlzettel | 1 |
| Gültige Wahlzettel | 26 |
| Absolutes Mehr | 14 |

Gewählt ist mit 26 Stimmen Herr Marcel Wirz.

Roger Jenni (FDP)

Robert Odermatt
(SVP)

Roland Bühlmann
(SVP)

Robert Odermatt
(SVP)

Roger Jenni (FDP)

Robert Odermatt
(SVP)

Mitglied Bau- und Verkehrskommission

Als Mitglied der Bau- und Verkehrskommission schlägt Ihnen die L2O-Fraktion Herrn Franz Leopold vor.

Wahlergebnis:

| | |
|-------------------------|----|
| Ausgeteilte Wahlzettel | 27 |
| Eingegangene Wahlzettel | 27 |
| Ungültige Wahlzettel | 0 |
| Leere Wahlzettel | 2 |
| Gültige Wahlzettel | 25 |
| Absolutes Mehr | 13 |

Gewählt ist mit 25 Stimmen Herr Franz Leopold.

3. Ersatzwahl einer Delegierten-Stellvertretung des Gemeindeverbandes Amtsvormundschaft Luzern-Land

Der Gemeinderat schlägt Ihnen Herrn Urs Hediger als Ersatzdelegierten des Gemeindeverbandes Amtsvormundschaft Luzern-Land vor.

Wahlergebnis:

| | |
|-------------------------|----|
| Ausgeteilte Wahlzettel | 27 |
| Eingegangene Wahlzettel | 27 |
| Ungültige Wahlzettel | 0 |
| Leere Wahlzettel | 2 |
| Gültige Wahlzettel | 25 |
| Absolutes Mehr | 13 |

Gewählt ist mit 25 Stimmen Herr Urs Hediger.

4. Bericht und Antrag Nr. 1446 Schulentwicklung Horw 2011 - 2021

Ich möchte den Gemeinderat und den Einwohnerrat bitten, mich bei den nächsten beiden Geschäften betreffend Schulentwicklung und Entschädigung der Schulpflege in den Ausstand zu entlassen. Als schulischer Gemeindearbeiter bin ich direkt in diese Geschäfte involviert. Ich muss umsetzen, wenn nicht sogar ausbaden, was da vorgesehen und beschlossen wird. Ich könnte ja meine Arbeitsbedingungen beeinflussen. Ich möchte nicht den von unserem Ratsältesten schon verschiedentlich geäußerten Vorwurf hören, dass ich eigentlich bei schulischen Vorlagen in den Ausstand treten müsste. Und so stehe ich dem nicht mehr im Weg.

Eintreten GPK

Mit dem B+A Nr. 1446 durfte die GPK ein gut durchdachtes Dokument mit viel Substanz beraten. Es ist offensichtlich, dass sich die Schulpflege und die Schulverwaltung profunde mit dem Handlungsrahmen auseinandergesetzt hat, der einerseits durch die Entwicklung der Gemeinde (Veränderungen in der Sozialstruktur ihrer Bewohner) sowie auch via Volksschulbildungsgesetz gegeben ist. Der Bericht enthält eine Fülle an Informationen, u.a. kann man herausgreifen, dass die vollständige Einführung der Integrati-

Rita Wyss (L2O)

Robert Odermatt
(SVP)

Robert Odermatt
(SVP)

Franz Leopold (L2O)

Markus Bider (CVP)

ven Förderung in Kindergarten und Primarschule, die Einführung vom zweiten Kindergartenjahr für alle und die Aufhebung von Kleinklassen geplant ist. Die vorgeschlagene Festlegung für das Strukturmodell 1 gemäss Volksschulbildungsgesetz ist nachvollziehbar und entspricht u.E. den Gegebenheiten in der Gemeinde. Letztlich wird auch umrissen, mit was für Weiterentwicklungen im Bereich der schulergänzenden Betreuung zu rechnen ist. Neben den Veränderungen im Angebot werden auch die Folgen vom zu erwartenden Bevölkerungswachstum dargelegt und der entsprechende Investitionsbedarf wird aufgezeigt. Der Bericht macht klar, dass in den nächsten zehn Jahren zusätzliche Kosten in den Bildungsbereich gesteckt werden müssen. Diese sind einerseits durch Angebotserweiterungen und andererseits durch die Bevölkerungszunahme begründet.

Die GPK anerkennt, dass sich die vorgelegte Planung an einen haushälterischen Umgang mit den öffentlichen Mitteln orientiert und das Wünschbare vom Nötigen resp. vom gesetzlich Vorgeschriebenen insgesamt sehr gut getrennt wurde. Eine gewisse interne Diskussion hat sich innerhalb der GPK um den Punkt entwickelt, ob die Integrative Förderung im Kindergarten wirklich so notwendig ist, dass sie eingeführt werden soll. Im Sinn vom Respekt vor der Arbeit einer Schwesterbehörde wird die GPK aber keine Anträge stellen. Die GPK begrüsst die proaktive, umfassende Kommunikation der Schulpflege und der Verwaltung, bedankt sich für die grosse geleistete Arbeit, den fundierten Bericht und ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1446.

Eintreten CVP

Die CVP-Fraktion war gespannt, was unter dem Titel "Schulentwicklung für die nächsten 10 Jahre" vorgelegt wird. Gespannt darum, weil wir wissen, dass es wahrscheinlich nichts reformfreudigeres gibt als das Bildungswesen. Das soll kein Vorwurf sein, letztendlich sind ja die Reformen nichts anderes als der Ausdruck von relativ schnell wechselnden Bedürfnissen der Gesellschaft.

Die CVP-Fraktion hat den Bericht sehr positiv aufgenommen und in der Beratung festgestellt, dass alle möglichen Rahmenbedingungen, die in Zusammenhang zu bringen sind, z.B. die kantonalen Vorgaben aus dem Bericht "Schule mit Zukunft", berücksichtigt wurden. Es ist aber auch aufgezeigt worden, wo die Gemeinde Handlungsspielraum hat. Wir stellen fest, dass in dem Bericht ganz klare Grundsatzentscheide aufgeführt sind, und zwar flächendeckende Einführung der Integrativen Förderung, Wahl vom Strukturmodell, kein Vorrang Basisstufe und Umgang mit dem zweijährigen Kindergarten. Was liegt uns als Resultat vor? Es ist eine Gesamtschau und es wird eine Strategie mit den entsprechenden Konsequenzen in organisatorischen, personellen, infrastrukturellen und finanziellen Belangen aufgezeigt. Die CVP-Fraktion wertet den B+A für alle Beteiligten als sinnvolles und gelungenes Instrument. Für die Unternehmensführung resp. Exekutive ist es ein klares Bekenntnis, aber auch eine Verpflichtung. Für die Lehrerschaft ist es eine Bekanntgabe der Unternehmensphilosophie und wir alle wissen, dass wie in jedem Unternehmen auch, eine gute Schule von gutem Personal getragen wird. Wenn die Mitarbeitenden wissen, worum es geht, dann kann man sie auch entsprechend motivieren. Der B+A ist ein zentrales Element und für die Lehrerschaft eine transparente Information. Aber auch für die Bevölkerung ist es ein wichtiges Instrument, vor allem für die Bevölkerung mit schulpflichtigen Kindern, damit diese wissen, was in der Gemeinde längerfristig angeboten wird. Es ist aber auch für uns Einwohnerräte ein ganz wichtiges Instrument in Kenntnis der komplexen Zuständigkeiten und Abhängigkeiten, die wir in unserer Gemeindestruktur haben. Für uns ist es vor allem ein sachdienliches Arbeitsinstrument wenn es darum geht, finanzielle Konsequenzen in einem umfassenden Zusammenhang zu beurteilen. Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1446.

Heiri Niederberger
(CVP)

Eintreten SVP

Der B+A Nr. 1446 betreffend Planungsbericht Schulentwicklung zeigt sehr ausführlich und fundiert die Entwicklungsperspektiven der Gemeindeschule Horw in den nächsten 10 Jahren auf.

Vorab ist festzuhalten, dass der B+A - gestützt auf die Geburtenzahlen der Einwohnerkontrolle und unter Berücksichtigung der künftigen Bautätigkeit und des Generationenwechsels - von steigenden Kinderzahlen auf der Stufe Kindergarten und Primarschule ausgeht. Im Jahr 2009 beispielsweise war die Geburtenrate hoch und es wird sich jetzt weisen, ob sich der Trend fortsetzen wird.

Bereits die Zunahme der Kinderzahlen, die Einführung des Zweijahreskindergartens ab 2016/17 sowie die Einführung der Integrativen Förderung führt zu einem höheren Bedarf von Klassen bereits auf der Stufe Kindergarten. Auf der Stufe Primarschule ist wegen der Zunahme der Kinderzahlen und der Einführung der Integrativen Förderung bis ins Jahr 2010 bis 2021 mit zusätzlichen Personalkosten von rund 1 Mio. Franken zu rechnen.

Die nun vorhandene räumliche Infrastruktur macht kurzfristig keine zwingende bauliche Schulraumerweiterung notwendig. Mittelfristig wird man aber zusätzlichen Schulraum schaffen und allenfalls auch Schulkreisverschiebungen vornehmen müssen.

Die ganze Schulentwicklung beruht auf kantonalen Vorgaben und nur in gewissen Bereichen, beispielsweise in der Wahl der sog. "Strukturmodelle", sind die Gemeinden frei. Im B+A werden die beiden Modelle einander ausführlich gegenübergestellt und mit überzeugender Schlussfolgerung ist man dazu gekommen, dass man in der Gemeinde Horw auf die flächendeckende Einführung der Basisstufe verzichten will. Eine Ausnahme besteht unter Umständen einzig – wegen der sinkenden Schülerzahlen – für das Schulhaus Kastanienbaum.

Möglich sind auch altersgemischten Primarklassen, die aber ebenfalls nicht flächendeckend geplant sind, sondern allenfalls punktuell nach Bedarf eingeführt werden.

Die Sekundarstufe I wird auch künftig in niveauketrennten Stammklassen geführt. Ein wichtiger Schritt wird mit der Integration vom Niveau D in das Niveau C gemacht. Dabei muss man sich bewusst sein, dass die Lehrer, die mit diesen Klassen befasst sind, eine gute Unterstützung brauchen, denn das sind sehr, sehr schwierige Klassen, die nicht nur mit lernschwachen, sondern auch mit verhaltensauffälligen Schülern gefüllt sind.

Bei der durch den Kanton ebenfalls vorgeschriebenen schulergänzenden Betreuung erweist es sich als Vorteil, dass die Fachstelle Familie plus von Anfang an nicht nur die vorschulische, sondern auch die schulische Betreuung koordiniert hat. Per Schuljahr 2011/12 wird konsequenterweise auch die Hausaufgabenhilfe ins Ressort Familie plus integriert. Der Bedarf nach schulergänzender Betreuung steigt, wie sich aus den vorliegenden Zahlen ergibt. Allerdings nimmt auch hier die Anzahl von Kindern mit schwierigem Familienhintergrund und Verhaltensauffälligkeiten zu, was eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Schule und schulergänzender Betreuung bedingt.

Aus dem B+A ist ersichtlich, dass die Vor- und Nachteile der einzelnen Modelle sehr sorgfältig abgewogen wurden und nicht einfach ein Maximum umgesetzt wurde. Die Möglichkeiten der Gemeinde wurden ernsthaft angeschaut und eine vertretbare Lösung gefunden. Für eine erfolgreiche Umsetzung des IF- Konzeptes ist aber die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer notwendig und wichtig ist auch der notwendige Raum. Man muss sich auch bewusst sein, dass der Kanton, der dazu neigt, relativ schnell Reform an Reform zu reihen, nicht vor einer Klasse stehen muss. Der DVS kann seine

Astrid David Müller
(SVP)

Reformen einfach durchsetzen, aber es sind die Lehrer, die das Ganze durchziehen müssen und mit den schwierigen Schülern konfrontiert sind. Daher ist es wichtig, dass wir im Einwohnerrat den Lehrpersonen ein Zeichen geben, dass wir ihre Anliegen, Bedürfnisse und Ängste ernst nehmen und bereit sind, für sie die notwendigen Mittel und Ressourcen zu schaffen.

In der Hoffnung, dass das uns vorgelegte Schulkonzept nicht wegen des raschen Entstehens eines Flächenbrandes in der Basis oder eines Reformfeuerwerks in den oberen Gefilden der kantonalen Verwaltung wiederum reformiert und überarbeitet wird, sondern dass man endlich einmal die Gnade hat, das Ganze in Ruhe an die Hand zu nehmen, ist die SVP-Fraktion für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1446.

Eintreten FDP

Die FDP-Fraktion schätzt die Gesamtheit und die Übersicht der verschiedenen schulischen Angebote, sei es die Integrative Förderung oder der Zweijahreskindergarten bis hin zur schulergänzenden Betreuung. Wir haben eine Volksschule mit den heutigen Problemen und Anliegen unserer Gesellschaft, die unter einen Hut gebracht werden müssen. Dieses wird in dem Bericht berücksichtigt. Horw kann sich dem Wandel der Zeit nicht entziehen, die kantonalen Vorgaben müssen konsequent und in realistischen Entwicklungsschritten umgesetzt werden. Trotz den sehr vielen Reformen und Vorgaben erachtet die FDP-Fraktion die Änderungen als sinnvoll, aber trotzdem als sehr schnell. Man sieht es an den kontroversen Diskussionen bei der zweiten Fremdsprache, die vor rund vier Jahren in der Primarschule eingeführt wurde. Bei so einer wichtigen Veränderung soll Horw die möglichen, jedoch äusserst wenigen Spielräume, voll ausnützen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1446.

Urs Röllli (FDP)

Eintreten L2O

Die L2O begrüsst es, dass die Themen der Schule breit diskutiert werden. Sie bestehen ja nicht nur aus Reizthemen wie Harnos, notenfreie Beurteilung und Basisstufe, sondern auch aus der Notwendigkeit, im Schulalltag eine pädagogische Antwort finden zu müssen auf die grosse Verschiedenheit der Kinder und Jugendlichen, nur schon bezüglich ihrer sozialen, familiären und kulturellen Ausgangslagen. Und es geht darum, das Entwicklungspotenzial der nächsten Generationen bestmöglichst zu unterstützen und zu fördern.

Rita Wyss (L2O)

Die Schule muss sich entwickeln, um den gewandelten gesellschaftlichen und pädagogischen Bedürfnissen gerecht zu werden. Der Kanton Luzern hat diesen Wandlungsprozess im Schulentwicklungsprojekt "Schule mit Zukunft" gebündelt und die gesetzlichen Vorgaben schrittweise angepasst. Damit die Schule ihren Auftrag und die in sie gesetzten hohen Erwartungen erfüllen kann, ist sie auf gute Mitarbeitende, genügend Ressourcen, engagierte Eltern und ein unterstützendes Umfeld angewiesen.

Aus dem Planungsbericht spricht der vorsichtige Geist des Wandels in kleinen, verkräfterbaren Schritten und die Beschränkung auf das Notwendigste. Bewährtes soll erhalten bleiben und Neuerungen nur sehr vorsichtig umgesetzt werden. Das mag vielen gefallen, kann aber für reformorientierte Mitarbeitende und Eltern auch etwas enttäuschend sein. Für sie genügt es nicht, die Schule an die minimalen Erfordernisse des Bevölkerungswachstums und der kantonalen Vorgaben anzupassen. Sie wünschen sich mehr Freiräume und die Mittel, um in der Schule auch Neues und Zusätzliches anzugehen.

Die Basisstufe ist in Horw nicht vorgesehen, aber immerhin könnte es dann aufgrund von schulbetrieblichen Gründen mittelfristig, z.B. in Kastanienbaum, dann doch sinnvoll sein. Wahrscheinlich werden da und dort noch schulstrukturelle Voraussetzungen auch andere Lösungswege erfordern.

Für die L2O ist es umso wichtiger, dass für die im Planungsbericht aufgezeigten Entwicklungsperspektiven ideale Rahmenbedingungen gewährleistet werden.

Die Gemeinde rechnet allein für die nächsten 10 Jahre mit einem Bevölkerungswachstum von 2'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Dies verlangt rechtzeitige Investitionen in den Schulraum, nicht nur beim Oberstufenschulhaus. Dazu gehört aber auch, dass der "Arbeitsplatz Schule" so ausgestattet und organisiert wird, dass er sowohl für die Lernenden wie für die Lehrenden den zeitgemässen Anforderungen einer fortschrittlichen Schule genügt.

Die L2O findet, es sollte weiterhin auch möglich sein, Teilzeit zu arbeiten und nicht erst in einem zweiten Schritt, wenn die Stellen nicht besetzt werden können.

Die L2O weist insbesondere darauf hin, dass für die schulergänzende Kinderbetreuung ein Gesetzesauftrag besteht und die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir unterstützen die Zuständigkeit des Sozialdepartementes mit den vorhandenen Strukturen von Familie plus und die laufende sowie bedarfsgerechte Umsetzung.

Es ist auch wichtig, dass die Lehrpersonen in einem wertschätzenden, offenen Umfeld ihre unbestritten anspruchsvolle Aufgabe erfüllen können. Gerade auch junge Lehrpersonen, die ins Berufsfeld einsteigen, brauchen eine optimale Begleitung und Unterstützung, damit sie auch längerfristig in der Schule tätig bleiben. Und natürlich, dass es auch in Zukunft viele junge Menschen gibt, die die Ausbildung als Lehrerin oder Lehrer auf allen Stufen als erstrebenswert sehen.

Für die L2O hat eine gute Gemeindeschule einen sehr hohen Stellenwert. Die Schule Horw hat mit der Schliessung des Schulhauses Biregg jüngst einen wesentlichen Sparbeitrag geleistet. Dass sie jetzt für ihre notwendigen Entwicklungsschritte wieder etwas mehr Mittel braucht, findet in der Bevölkerung unserer familienfreundlichen Gemeinde allgemein Zustimmung, davon ist die L2O überzeugt.

Die L2O bedankt sich beim Gemeinderat und der Schulpflege für den vorliegenden, sehr ausführlich formulierten Planungsbericht. Die L2O ist für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1446.

Eintreten GSK

Für die Gesundheits- und Sozialkommission ist das Thema schulergänzende Betreuung relevant.

Das neue Volksschulbildungsgesetz, welches seit dem 1. Januar 2009 in Kraft ist, beauftragt die Gemeinden, den Lernenden bedarfsgerecht schul- und familienergänzende Tagesstrukturen zur Verfügung zu stellen, wobei sich die Erziehungsberechtigten an den bestehenden Kosten beteiligen müssen.

In Horw koordiniert die Fachstelle Familie plus die vorschulische und die schulische Betreuung. Die operative Umsetzung der unterrichtsbezogenen Teile liegt beim Rektorat, während die Fachstelle Familie plus die operative Umsetzung der vier Betreuungselemente, Morgen-, Mittags-, Nachmittagsbetreuung obliegt. Wie es den gesetzlichen Vorgaben entspricht, richtet sich das Angebot der Gemeinde nach dem Bedarf, wobei dieser jedoch bis ins Jahr 2020 kontinuierlich ansteigen wird. Organisatorisch soll die Zusammenarbeit von Bildung und Soziales künftig in einer Leistungsvereinbarung geregelt werden. Der zu erwartenden Anstieg der Nachfrage hat zur Folge, dass die bestehende Infrastruktur den künftigen Bedarf nicht decken kann, wobei noch offen ist, ob alle zusätzlich benötigten Räume angemietet werden können oder allenfalls Erweiterungsbauten erstellt werden müssen. Die GSK ist für Eintreten und Kenntnisnahme des vorliegenden B+A Nr. 1446.

Astrid David Müller
(SVP)

Die ausserordentlich positive Aufnahme des Berichts und die ähnliche Grundhaltung aller Parteien freut mich, den Gemeinderat und die Schulpflege sehr, denn das ist auch ausserordentlich positiv für eine erfolgreiche Umsetzung.

Markus Hool (FDP)

Vor fast einem Jahr haben wir Ihnen den Planungsbericht Oberstufenschulhaus vorgelegt und zusammen mit dem Planungsbericht Schulentwicklung haben Sie das Gesamtwerk über die Volksschule Horw. Sie sehen, was in den nächsten zehn oder sogar noch mehr Jahren bezüglich der pädagogischen Entwicklung vor sich gehen soll, aber auch was das Ganze infrastrukturell, personell und finanziell bedeutet. Es war auch die Absicht, anhand eines Strategiepapiers die Entwicklung im Sinn einer Prognose aufzuzeigen und Sie, die Bevölkerung, Eltern, Kinder, Lehrpersonen und die Führung der Schule zu informieren, so dass alle Akteure den gleichen Kenntnisstand haben. So haben wir hervorragende Voraussetzungen, um ans Werk gehen zu können. Das Strategiepapier ist ein wichtiger Schritt, aber ganz zentral ist dann die sorgfältige Umsetzung, wofür die notwendigen Ressourcen Voraussetzung sind. Es liegt noch viel Arbeit vor uns, wir haben das Ganze aber bewusst etappiert, denn es ist ja nicht nur das, was wir Ihnen unterbreitet haben und dann die Lehrpersonen und Führungskräfte fordert, sondern es kommt ja noch einiges zusätzlich, was wir gar nicht beeinflussen können, wie Bereitstellung der Infrastruktur und die Finanzen. Das alles wollten wir so dosieren, dass es verkraftbar für alle ist und ich glaube, der gewählte Ansatz ist sehr realistisch. Man darf auch nicht vergessen, dass Horw, im Vergleich zu anderen Gemeinden, auf einem höheren Niveau anfängt. So haben wir den Zweijahreskindergarten bereits seit zehn Jahren. Der muss natürlich entsprechend dem revidierten Volksschulbildungsgesetz ausgebaut werden, aber wir sind einigen Gemeinden weit voraus. Auch in anderen Bereichen ist es so, ich denke z.B. an die Integrative Förderung in Kastanienbaum, die dort bereits implementiert ist.

Detailberatung

7.1 Integrative Förderung, S. 22

Die FDP-Fraktion hat Mühe damit, dass das Niveau D in das Niveau C integriert wird. Wir befürchten, dass das Niveau in den Klassen sinken wird und die Klassen mit verhaltensauffälligen Kindern gefüllt werden. Das bewirkt wiederum, dass diejenigen Kinder am Lernen behindert werden, die wirklich etwas leisten wollen und das wird sicher problematisch.

Heidi Pieper-Berdux (FDP)

7.4 Schlussfolgerung, S. 24

Ich stelle fest, dass es sehr viel Eltern gibt, die seit Jahren darauf warten, dass das kooperative System eingeführt wird. Wenn man Elternabende besucht, kommt ab und zu die Frage und dann heisst es einfach, die Schule habe entschieden. Mir ist wichtig, dass die Kommunikation, warum man das typengetrennte Organisationsmodell vorsieht, besser erfolgt.

Heiri Schwegler (L2O)

9 Fazit, S. 29

Die Demografie wird auch an der Musikschule nicht vorbeigehen. Ich möchte anregen, dass man baldmöglichst auch dort die notwendigen Planungsschritte, in einer Gründlichkeit, wie man es hier auch gemacht hat, unternimmt.

Konrad Durrer (L2O)

Abstimmung:

Vom Planungsbericht Schulentwicklung 2011 - 2021 wird mit 23:1 Stimme Kenntnis genommen.

Robert Odermatt (SVP)

5. Bericht und Antrag Nr. 1449 Entschädigung der Schulpflege

Wie Sie wissen, ist meine Frau Mitglied der Schulpflege. Um eine allfällige Unsicherheit über die Ausstandspflicht meiner Person genauer zu klären, habe ich mich mit dem Regierungsstatthalter Herrn Josef Rööslü unterhalten bzw. mich bei ihm rückversichert. Seine Antwort, die er mir und anderen gegeben hat lautet, dass es sich gemäss unserer Geschäftsordnung und insbesondere gemäss Art. 37 Abs. 2 des Gemeindegesetzes um eine Rechtssetzung handelt, die für eine ganze Behörde und nicht für eine Einzelperson gilt. Die unmittelbare Betroffenheit von mir ist nicht gegeben, insbesondere auch, weil die Schulpflege die Aufteilung der Gelder selber vornimmt. Eine Ausstandspflicht von mir besteht deshalb nicht und ein freiwilliger Ausstand wird vom Regierungsstatthalter ebenfalls nicht empfohlen. Ich werde deshalb das Traktandum selber leiten.

Robert Odermatt
(SVP)

Eintreten GPK

Die GPK ist sich einig, dass einer guten Schule in Horw ein hoher Stellenwert zukommt. Die Schulpflege als leitende Exekutivbehörde nimmt eine wichtige Funktion wahr. Die Ereignisse im Schulhaus Mattli, die noch vor dem personellen Wechsel der Präsidentenfunktion geschahen, haben nun zu konkreten Massnahmen geführt. Die Schulpflege hat entschieden, sich näher zur Schule zu bewegen und die zu jener Zeit noch als sanktionskalt geltende Beschränkung auf eine bloss strategische Führung der Schule aufzugeben. Dies bedingt eine weit intensivere Führung, auch des Rektors, durch den Schulpflegepräsidenten, aber auch eine genauere Kontrolle der Abläufe innerhalb der Organisationsstrukturen der Schule durch die Schulpflege.

Astrid David Müller
(SVP)

Nun wird seitens des Schulpflegepräsidenten 14-täglich mit dem Rektor ein Führungsrapport mit verbindlichen Traktanden und Pendenzen durchgeführt. Die übrigen Schulpflegemitglieder übernehmen weit mehr Führungsaufgaben in durch sie zu leitenden Projekten und zeigen mehr Präsenz in den Schulhäusern. Dies ist – verglichen mit der Tätigkeit, die ich selber als Schulpflegemitglied erlebt habe – eine deutliche Änderung. Gerade der Besuch in den Schulhäusern und der direkte Kontakt mit den Lehrerinnen und Lehrern wurde – zu meiner Zeit – zwar nicht eigentlich untersagt, war aber nur im Sinne einer eigentlichen Ausnahme erwünscht. Die Ausübung einer effektiven Leitungs- und Kontrollfunktion durch die Schulpflege war dadurch erheblich erschwert. Dass aber die Ausübung einer rein strategischen Führungsfunktion im quasi luftleeren Raum letztlich zum Scheitern verurteilt ist, hat nicht nur das Beispiel "Mattli" gezeigt und wurde von der Schulpflege nun klar erkannt und durch die neuen Massnahmen behoben.

Die nun aktivere Tätigkeit der Schulpflege hat einen viel höheren zeitlichen Aufwand zur Folge. Der Vergleich mit anderen Kommissionen wird der Funktion und Arbeitsweise der Schulpflege als Exekutivbehörde, welche die Schule eigentlich leitet, Konzepte erarbeitet und einen eigentlichen ausführlichen Leistungsauftrag erstellen und erfüllen muss, nicht gerecht. Dass früher das Budget für die Entschädigungen nicht ausgeschöpft wurde, lag an der damaligen Abrechnungsmethode mit Sockel- und Pauschalbeiträgen, die dem jeweils durchaus unterschiedlichen Aufwand der verschiedenen Ressorts nicht gerecht wurde.

Es erscheint der GPK gerechtfertigt – einerseits in Anbetracht der Wichtigkeit der Funktion der Schulpflege und damit auch des Interesses an einer starken und präsenten Schulpflege – und andererseits gerade auch im Wissen darum, dass damit auch eine Verpflichtung der Schulpflege, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzuführen, einhergeht – ein deutliches Zeichen zu setzen und die Erhöhung der Entschädigung der Schulpflege auf maximal 88'000 Franken zu beschliessen.

Wir sind daher für Eintreten und Beschlussfassung im Sinne des im B+A Nr. 1449 formulierten Antrags.

Eintreten CVP

Im Rahmen vom Budget 2011 hat der Gemeinderat vorgeschlagen, für die Schulpflege einen höheren Betrag zu budgetieren. Dies hat zu einer längeren Diskussion geführt, es gab Voten dafür und dagegen. Schlussendlich wurde dem Antrag der GPK zugestimmt, dass die Besoldungserhöhung für die Schulpflege abzulehnen ist. Der Antrag ist unter anderem auch darum entstanden, weil zu wenig erklärende Fakten vorlagen.

Am 29. Dezember 2010 ist die dringliche Motion Nr. 266/2010, Besoldungsregelung Schulpflege, eingegangen. Obwohl die Motion als nicht dringlich überwiesen wurde, liegt uns bereits jetzt schon der B+A Entschädigung Schulpflege vor. Dieser B+A liefert einige Informationen, die zur Entscheidungsfindung beitragen. Die Schulpflege ist eine Exekutivbehörde mit Führungsverantwortung. Das heisst, dass die Schulpflege verpflichtet ist, die Schule zu führen. Es ist nur gerecht, wenn sich eine Exekutivbehörde mit Weisungsbefugnis nach dem Salär anderer Exekutivbehörden in unserer Gemeinde richtet.

Beim Planungsbericht Schulentwicklung 2011 - 2021 haben wir gehört, dass in nächster Zeit einiges auf die Schule zukommt. Dies auch wegen Gesetzesänderungen oder wegen der Einführung einer neuen Verordnung. Diese Änderungen verursachen auch bei der Schulpflege mehr Arbeit. Auch das gerechtfertigt eine höhere Besoldung. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt einstimmig die beiden Anträge des Gemeinderates.

Eintreten SVP

In Anbetracht der Tatsache, dass die Schulpflege eine vom Volk gewählte Exekutivbehörde ist, würdigt die SVP den Antrag für eine Entschädigungserhöhung für deren Mitglieder. Wir sind uns bewusst, dass die Volksschule als wichtigster Teil der Ausbildung unserer Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen wird. Die SVP-Fraktion legt grossen Wert darauf, dass die Bildung in der Schweiz das wichtigste Gut für den Fortschritt und die Zukunft von unserem Land ist. Ebenso ist uns klar, dass die Schulpflege eine Aufgabe wahrnimmt, die sehr umfangreich ist und über eine normale Kommissionsarbeit hinausgeht. Es finden pro Session sehr viele Sitzungen statt, die mit Vorbereitungszeiten nicht unerheblich sind. Die Mitglieder der Schulpflege tragen gemeinsam eine grosse Verantwortung für Ihre Entscheide und für die Entwicklung unserer Schule. In Würdigung der Tatsachen ist die SVP-Fraktion für Eintreten auf den B+A und wird diesen zu gegebener Zeit mit zwei Anträgen ergänzen resp. verbessern.

Eintreten FDP

Nach intensiver Beratung des B+A's Nr. 1449 über die Entschädigung der Schulpflege kommt die FDP-Fraktion zu folgendem Schluss:

Nach den Vorfällen im Schulhaus Mattli in Kastanienbaum war sich die Schulpflege einig, dass sie mit einem neuen Präsidenten die Volksschule Horw stärker führen und mehr Einfluss auf das operative Geschäft nehmen will. Diesen Führungsanspruch will man auch nach aussen klar stärker kommunizieren. Die neue Schulpflege will führen und will verhindern, dass sie geführt wird. Dass dies mit zusätzlichem zeitlichen Engagement und vermehrter Öffentlichkeitsarbeit verbunden ist, stellen wir nicht in Abrede.

Die Schulpflege verlangt jetzt aber mit diesem B+A eine massive Erhöhung ihrer Entschädigung. Aktuell stehen der Schulpflege gemäss Budget pauschal 50'000 Franken zur Verfügung. Seit 2008 ist Markus Hool als Schulverwalter von Amtes wegen Mitglied der Schulpflege und seit diesem Zeitpunkt können diese 50'000 Franken auf sechs, und

Rita Sommerhalder
(CVP)

Jörg Conrad (SVP)

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

nicht mehr wie bis dato auf sieben Mitglieder, verteilt werden. Es ist aber so, dass die Schulpflege ihr Budget nicht einmal ausnutzt, dass sie im Jahr 2009 inkl. Spesen rund 34'000 Franken abgerechnet hat und im Jahr 2010, wo die Schulpflege bei der sich anbahnenden Krise im Schulhaus Mattli inexistent war, gut 40'000 Franken von den budgetierten 50'000 Franken bezogen hat.

Und jetzt kommt die Schulpflege und verlangt eine Mehrentschädigung von 38'000 Franken, das entspricht einer Erhöhung von sage und schreibe 76 %. Ich habe bis jetzt gedacht, eine solche Erhöhung gäbe es nur beim Topkader der UBS!

Diese Lohnerhöhung lässt sich nicht mit der immer wieder geäusserten grossen Verantwortung, welche die Schulpflege zu tragen hat, rechtfertigen. Diese Verantwortung wird sehr oft breit abgestützt und es wird viel externe Hilfe beansprucht.

Trotzdem nehmen Schulpflegemitglieder eine wichtige Aufgabe wahr, das ist unbestritten. Eine Aufgabe, die zu einem grossen Teil auch als Idealismus, als Beitrag an das Gemeinwohl und aus Freude und Interesse geleistet werden soll. Genau aus dieser Motivation heraus leisten auch viele andere Kommissionsmitglieder und wir Einwohner-räte, ohne die Stunden zu zählen, welche wir zur Vorbereitung einer Sitzung – sei das für die Fraktion oder den Einwohnerrat – aufwenden, ihren Beitrag.

Die geforderte Entschädigung für die Schulpflege steht in keinem Verhältnis zu anderen Gremien und schießt weit über das Ziel hinaus. Trotzdem will die FDP zu einer konstruktiven Lösung Hand bieten und stellt in der Detailberatung einen Antrag. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten.

Eintreten L2O

Die Stellung der Schulpflege in der Gemeinde Horw hat sich mit dem neuen Volksschulgesetz verändert. Sie ist die oberste kommunale Verwaltungs- und Aufsichtsbehörde für die Volksschule mit wesentlichen Gestaltungs-, Führungs-, Aufsichts- und Vermittlungsfunktionen und ihr untersteht die Schulleitung.

Die Krise im Schulhaus Mattli vor ca. einem Jahr hat dazu geführt, dass die Schulpflege Horw mehr Einfluss auf das operative Geschehen nehmen will und mit mehr Präsenz die Rolle einer führenden Schulpflege übernehmen will. Heute wird die Schulpflege im Grundsatz als Kommission entschädigt, obwohl sie eine gewählte Exekutivbehörde ist und die strategische Verantwortung für die Schule Horw trägt. Unsere Gemeinde ist auf Schulpflegemitglieder angewiesen, welche mit Professionalität und Verantwortung diese anspruchsvolle Aufgabe wahrnehmen.

Die Fraktionsmehrheit der L2O ist für eine Erhöhung der Entschädigung auf pauschal 88'000 Franken. Die L2O ist für Eintreten und Genehmigung des vorliegenden B+A.

Es wurden alle sachlichen Argumente genannt, die für eine Erhöhung der Entschädigung der Schulpflege sprechen. Was noch in die Betrachtung einbezogen werden muss, ist der Quervergleich über die Gemeindegrenzen hinaus. Da wurde Handlungsbedarf festgestellt und das ist auch im B+A dargestellt. Das hat auch dazu geführt, dass der Gemeinderat voll hinter dem Anliegen der Schulpflege steht.

Detailberatung

8 Entschädigung

Angesichts des Sparauftrags und dem Controlling, was wir als Legislativbehörde haben, scheint es der SVP-Fraktion unabdingbar, dass die Auszahlungen an die Mitglieder der Schulpflege in irgendeiner Form einem Controlling unterstellt sind. Wir stellen deshalb

Rita Wyss (L2O)

Markus Hool (FDP)

Jörg Conrad (SVP)

den Antrag auf Bemerkung, dass unter Punkt 8 Folgendes korrigiert wird: "Der Schulpflegepräsident erstattet der GPK jährlich Rechenschaft darüber, welche Entschädigungen an die einzelnen Mitglieder ausbezahlt wurden."

Es liegt in der Kompetenz des Präsidiums der GPK, solche Unterlagen einzufordern, d.h. man muss so etwas nicht zwingend festhalten.

Heiri Niederberger
(CVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der SVP: "Der Schulpflegepräsident erstattet der GPK jährlich Rechenschaft darüber, welche Entschädigungen an die einzelnen Mitglieder ausbezahlt wurden."

Robert Odermatt
(SVP)

Dem Antrag wird mit 19:2 Stimmen zugestimmt.

Wie bereits beim Eintreten erwähnt, möchte die FDP-Fraktion zu einer konstruktiven Lösung Hand bieten und stellt den Antrag, die Entschädigung nicht auf 88'000, sondern auf 70'000 Franken festzulegen, was immerhin noch eine Erhöhung von 40 % ausmacht.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Frau Zingg hat im Eintreten die Schulpflege mit uns Einwohnerräten oder sonstigen Kommissionen verglichen. Es gibt aber einen Unterschied, und zwar wenn ein Einwohnerratsmitglied in einer Kommission ist, kann es das Geschäft, je nach Kapazität, vertieft oder weniger vertieft anschauen. Das kann in der Schulpflege nicht funktionieren. Wenn dort z.B. jemand krank ist, wird vielleicht zu einem gewissen Teil ein Outsourcing vorgenommen, denn in der Schulpflege muss es, damit es dort keine Bremse gibt, zügig laufen. Darum beantrage ich, dass der Betrag von 88'000 Franken belassen wird.

Heiri Schwegler (L20)

Frau Zingg hat gesagt, was die Schulpflege 2009 und 2010 gekostet hat. Wir kommen heute noch zu einem Geschäft, wo ausgewiesen wird, was uns das Krisenmanagement im Schulhaus Mattli in Kastanienbaum gekostet hat. Wenn ich die Ausgaben aufrechne, bei denen ich der festen Überzeugung bin, dass diese mit einer guten Schulpflege hätten vermieden werden können, dann komme ich auf ein Budget von 105'000 oder 110'000 Franken, die im letzten Jahr gebraucht wurden. Ich meine, die Besoldung darf man auf die vorgeschlagenen 88'000 Franken festsetzen. Eine gute Schulpflege ist ein Garant dafür, dass Stabilität geschaffen wird und Stabilität ist das, was wir brauchen.

Heiri Niederberger
(CVP)

Ich mache Ihnen ebenfalls beliebt, dem Antrag der FDP nicht Folge zu leisten. Die Schulpflege legt klar dar, wie sie auf den beantragten Betrag gekommen ist und dieser ist nachvollziehbar. Es ist von verschiedenen Vorrednern und Herrn Niederberger klar dargelegt worden, dass mehr Aufwand nötig ist und sich dieser auszahlen wird. Der Antrag der FDP erklärt nicht fundiert, warum der Betrag so hoch ist, sondern ich spüre eher ein Eifersuchtsgefühl einer Kommission vs. einer anderen und dem sollte man nicht nachgeben. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Markus Bider (CVP)

Ein Kompromiss wäre, wenn man 88'000 Franken nicht pauschal festlegt, sondern es sollte heissen: "Die Entschädigung der Schulpflege wird für das Jahr 2011 auf max. 88'000 Franken festgelegt." Pauschal ist eine Grenze, die immer eher gebraucht wird, weil es die Pauschalität ausweist, aber es muss das das Maximale ausgewiesen sein. Damit würde auch das Controlling perfekt stimmen. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Jörg Conrad (SVP)

Wenn Sie das Gefühl haben, dass inskünftig Kosten für Outsourcing und zusätzliche Beratungen entfallen, dann müsste uns das noch jemand belegen können. Ich meine, es wird nach wie vor nötig sein, dass man Fachspezialisten hinzuzieht und der Betrag nicht einfach so unisono aufgerechnet werden kann. Das Rechnungsbeispiel zieht also nicht.

Roger Jenni (FDP)

Mich stört an der ganze Sache eines: Zum bisherigen Leistungsausweis der Schulpflege und den Ereignissen im Schulhaus Mattli ist die Formulierung vielleicht ein wenig überspitzt, wenn man sagt, dass diese inexistent ist. Viel gesehen von einer Schulpflege hat man bei dem Ereignis aber nicht. Uns ist inzwischen versichert worden, dass mit dem personellen Wechsel eine andere Schulpflege daherkommen wird, das ist auch nachvollziehbar und glaubwürdig dargestellt worden. Aber, bei den 70'000 Franken sprechen wir von einem Budgetposten, der für die weiteren Jahre wieder neu bewertet werden kann. Man muss doch so weit gehen, wie man das aus der Privatwirtschaft kennt und schauen, was für eine Leistung uns von der neuen Konstellation vorgelegt wurde. In Tat und Wahrheit noch keine. Uns ist dargestellt worden, was die künftigen Aufgaben sein werden und wenn ich dann feststellen kann, dass es auch so ist, bin ich sicher bereit, darüber zu diskutieren. Und wenn hier das alle als sehr wichtiges Geschäft behandeln erstaunt es mich, dass lediglich zwei Schulleitungsmitglieder an der Debatte teilnehmen. Auch die Argumentation, dass man das Amt ausübt, da möchte ich meinen Job als Nebenjob bezeichnen. Wenn man das mit einem Exekutivmitglied wie dem Gemeinderat vergleichen möchte, dann leben die Leute davon. Bei der Schulpflege haben die Leute einen 100 %-igen Beruf, d.h. die Entschädigung muss nicht für die Lebenshaltungskosten dienen und da bin ich der Meinung, dass man so weit gehen und sagen kann, dass man das jetzt einmal für 70'000 Franken macht. Wenn man dann einen Leistungsausweis oder eine Umsetzung von dem Angedachten sieht, kann man im Budget 2013 noch einmal darüber befinden ob es gerechtfertigt ist, 88'000 Franken zu zahlen. Wenn bis anhin rund 40'000 Franken ausgeschöpft wurden, kommen 70'000 Franken einer Verdoppelung nahe und damit ist auch schon bereits ein grosses Entgegenkommen und Verständnis für das Anliegen da. In der Privatwirtschaft muss zuerst etwas geschehen, bevor ich einem Mitarbeiter sagen kann, dass er mir mehr Lohn wert ist. Der Glaube, dass er es geschehen machen will, reicht mir selber eigentlich noch nicht. Ich glaube, dass sich bei der Schulpflege etwas verändern wird, aber die Verhältnismässigkeit sollte gegeben sein. Wegen so einem Vorschlag haben wir kein schlechteres Schulsystem und wenn wir daran glauben, dass die Schulpflege so etwas umsetzt, ist auch die Motivation und der Fleiss von den Mitgliedern nicht kleiner. Im Gegenteil, mit unserer Argumentation ist es für sie vielleicht sogar nachvollziehbar und man erreicht vielleicht auch das Verständnis, dass die Entschädigung bis zum Budget 2013 bei 70'000 Franken belassen wird. Ich meine, es ist verhältnismässig und ich meine auch, dass es ein Antrag ist, den man unterstützen kann resp. bitte ich Sie darum.

Ich bitte Sie, dem Antrag der FDP nicht Folge zu leisten. Die Behördenmitglieder haben klar ausgewiesen, wie das aussehen soll und wir sollten nicht einfach auf die Art Spar- druck machen. Ich mache den Vorschlag, die 88'000 Franken durchzulassen. Wir haben das Controlling der GPK und wenn das wirklich nicht erfüllt werden würde resp. nicht alles gebraucht wird, kann man ein Jahr später wieder darauf zurückkommen und über Kürzungen sprechen.

Jörg Conrad (SVP)

Ich finde es natürlicher, wenn Sie jemandem nach und nach den Lohn erhöhen, als wenn Sie irgendwann ein Lohnreduktionsgespräch führen müssen. Der Vorschlag der FDP-Fraktion ist nah bei den 88'000 Franken und darum bitte ich Sie, den Antrag auf 88'000 Franken nicht zu unterstützen. Das kommt nicht gut heraus und führt auch nicht zur Zufriedenheit, wenn Sie die Entschädigungen 2013 reduzieren wollen. Man erhöht heute um nahezu das Doppelte und ich glaube, das Zeichen, das man setzen sollte ist, dass man die Entschädigung erhöhen möchte. Zuerst sollte man aber etwas sehen und

Roger Jenni (FDP)

dann kann man sagen, dass man noch einmal einen Schritt macht, damit sich die Arbeit auch rechtfertigt. Bis die Strukturen stehen und die Strategiepapiere erstellt sind, braucht es im Moment von allen Beteiligten ein rechtes Engagement. Wenn die Schulpflege heute mit 88'000 Franken honoriert würde, müsste man ja eigentlich immerhin noch infrage stellen, ob dann, wenn die Papiere stehen und es eigentlich nur noch um die Umsetzung geht, zuviel gezahlt wird. Darum meine ich, man sollte mit dem Betrag, den wir vorgeschlagen haben anfangen und dann feststellen, was geht. Wir hätten dann auch noch Erfahrungszahlen, wieviel hätte ausgeschöpft werden müssen und wieviel Stunden für die 70'000 Franken produziert wurden. Dann können wir viel objektiver darüber befinden, wie sich die 88'000 Franken rechtfertigen.

Herr Conrad, Sie haben von Spardruck gesprochen und dass man diesem nicht erliegen solle. Wir haben hier im Rat vor einem Jahr über die Motion 261 diskutiert und Sie glauben nicht, was alles für Sparmassnahmen gefordert wurden. Das ging von der Streichung der Jungbürgerfeier bis weiss Gott nicht alles und heute will man wieder einfach locker vom Hocker 38'000 Franken mehr bewilligen. In dem Punkt verstehe ich den Rat nicht.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Herr Niederberger hat gemeint, dass die Fachpersonen, die hinzugezogen werden, auch von der Besoldung weggehen. Soweit ich informiert bin, hat das mit der Entschädigung nichts zu tun, diese ist ein absoluter Betrag für die Schulpflege.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

In der Rechnung habe ich gesehen, was uns das Angebot, das man in Kastanienbaum generieren musste, gekostet hat. Meine Interpretation ist, dass es möglich gewesen wäre, einen grossen Teil davon einzusparen, wenn die Schulpflege klar geführt hätte. Darum sage ich, dass das auch ein Potenzial ist, das man aufrechnen darf. Wenn die Schulpflege nicht funktioniert einfach zu sagen, wir gehen die Dienstleistung einkaufen, ist natürlich auch nicht sparen.

Heiri Niederberger
(CVP)

Abstimmung:

Antrag der FDP-Fraktion, die Entschädigung der Schulpflege für das Jahr 2011 auf pauschal 70'000 Franken festzulegen.

Robert Odermatt
(SVP)

Der Antrag wird mit 7:17 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung:

Antrag der SVP-Fraktion, die Entschädigung der Schulpflege für das Jahr 2011 auf maximal 88'000 Franken festzulegen.

Dem Antrag wird mit 17:5 Stimmen zugestimmt.

Abstimmung:

1. Mit 17:6 Stimmen wird die Entschädigung der Schulpflege für das Jahr 2011 auf maximal Fr. 88'000.00 festgelegt.

2. Mit 19:0 Stimmen wird die Motion Nr. 266/2010 Besoldungsregelung Schulpflege teilweise überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

Gesamtabstimmung:

Dem B+A Nr. 1449, Entschädigung der Schulpflege, wird mit 17:5 Stimmen zugestimmt.

6. Bericht und Antrag Nr. 1448 Jahresrechnung 2010

Eintreten GPK

Mit dem ersten Budget hat uns der Gemeinderat einen Verlust von 2.45 Mio. Franken für das Jahr 2010 vorgelegt. Der Gesamtaufwand betrug 78.6 Mio. Franken und der Ertrag 76.1 Mio. Franken. Mit dem ersten Budget war niemand so richtig zufrieden, deshalb wurde es zur weiteren Überarbeitung zurückgewiesen. Mit dem zweiten Budget wurde im Januar 2010 ein reduzierter Verlust von 1.38 Mio. Franken vorgelegt. Dies bei einem Aufwand von rund 77.7 Mio. Franken und einem Ertrag von 76.3 Mio. Franken.

Jetzt liegt uns die Rechnung 2010 vor. Wenn wir die Zahlen mit dem zweiten Budget vergleichen, ist der erzielte Verlust von 1.13 Mio. Franken um 245'000 Franken kleiner ausgefallen. Der ausgewiesene Aufwand von 80.5 Mio. Franken ist aber um knapp 2 Mio. Franken höher als im ersten Budget. Zum Glück ist der Ertrag von 79.3 Mio. Franken ebenfalls höher als budgetiert ausgefallen.

Der Gemeinderat spricht von einer Punktlandung. Wenn nur der budgetierte Aufwandüberschuss angeschaut wird, könnte auch die GPK von einer Punktlandung sprechen. Wenn der budgetierte Aufwand eingehalten worden wäre, hätten wir sogar von einem Gewinn gesprochen, was natürlich einiges erfreulicher wäre. Die wichtigsten Budgetabweichungen konnten wir dem B+A auf Seite 6 entnehmen. Die GPK möchte noch Folgendes festhalten:

- Es haben sich Fehler bei der Rechnung eingeschlichen. Die Änderungen haben Sie als Ausdruck auf Ihrem Tisch.
- Bei der Rechnung wurden einige Positionen nicht am gleichen Ort verbucht wie im Budget vorgesehen, dies hat zur Folge, dass die Zahlen nicht überall verglichen werden konnten.
- In der ganzen Rechnung verteilt stösst man immer wieder auf Hagelschäden. Es handelt sich um Unwetter aus den Jahren 2009 und 2010 von total 347'000 Franken. Davon hat die Versicherung 320'000 Franken übernommen.
- Beim Gebäude Kirchfeld resultiert eine grössere Abweichung zum Budget. Auch da hat der Hagel erhebliche Schäden verursacht. Die GVL hat bei einer Kontrolle einige Auflagen gemacht, die umgesetzt werden mussten und in der Informatik musste ein Server ersetzt werden.
- Durch die Umstellung auf die Anlagebuchhaltung wurde die Abschreibungsmethode geändert, was jetzt auch einen Einfluss auf die laufende Rechnung hat.
- Erfreulich sind die Mehreinnahmen durch erhöhte Grundstückgewinnsteuern und durch eine Landversteigerung, welche nicht budgetierte Gebühren einbrachten.
- Ebenfalls erfreulich ist, dass die wirtschaftliche Sozialhilfe nicht in dem Rahmen eingetreten ist wie angenommen.
- Nicht so erfreulich sind die nicht gewährten Rabatte von der CKW von rund 100'000 Franken.

Dank dem, dass einige Investitionen nicht getätigt werden konnten, sehen die Kennzahlen bei der Verschuldung gegenüber dem Budget etwas besser aus. Diese Investitionen kommen aber früher oder später auf die Gemeinde zu. Die GPK möchte darauf hinweisen, dass es dann zu Liquiditätsgpässen kommen könnte.

Die Kostenrechnung ist immer noch nicht ganz umgesetzt. Dies ist auch ein Punkt, den die Revisionsstelle in ihren Bericht aufgenommen hat. Der Gemeinderat hat uns eine vollständige Kostenrechnung ab Budget 2012 zugesichert.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Die GPK möchte sich bei allen beteiligten Stellen für die geleistete Arbeit bedanken. Speziell erwähnen möchten wir, dass Meinrad Hermann eine sehr gute Arbeit geleistet hat. Unsere Fragen konnten schnell und kompetent beantwortet werden, was zu einer effizienten GPK-Sitzung beigetragen hat.

Die GPK stellt keine Anträge und schliesst sich der Empfehlung der Revisionsstelle an, die Rechnung zu genehmigen.

Eintreten BVK

Die Bau- und Verkehrskommission hat die vorliegende Rechnung 2010 in allen baurelevanten Belangen geprüft und ist zu folgenden Urteilen und Ergebnissen gekommen:

In der Laufenden Rechnung kann man feststellen, dass einiges mehr an Liegenschaftsunterhalt ausgegeben worden ist als budgetiert. Ein Grossteil betrifft Hagelschäden, welche abzüglich Selbstbehalt von der Gebäudeversicherung übernommen worden sind. Wenn man sich auch an einem solchen Umweltereignis nicht freuen darf, darf man sich zumindest erfreuen, dass die Gebäudeversicherung einen wesentlichen Teil zum letztjährigen Gebäudeunterhalt resp. zu einem Teil der Werterhaltung beigetragen hat.

Im sonstigen Liegenschaftsunterhalt wurde diszipliniert gewirtschaftet, d.h., soweit dies für uns nachvollziehbar war. Denn in vielen Positionen, welche Budgetabweichungen haben, fehlt eine Erläuterung oder die Erklärung ist unbrauchbar. Noch schlimmer, wenn man dann an der BVK-Sitzung eine Erläuterung verlangt, bekommt man gar keine Antwort auf die gestellte Fragen, sondern lediglich unnütze, zusammenhangslose Erklärungen. Ein Beispiel: wir wollten wissen, wie viel der Lampenersatz im Schulhaus Allmend beim Auswechseln der Elektroleitungen von total 132'000 Franken gekostet hat. Die Antwort war, dass die Lampen 20-jährig seien und deshalb ausgewechselt werden mussten. Der Betrag ist uns heute noch unbekannt. Im Oberstufenschulhaus wollten wir wissen, wieviel Minderwert ausbezahlt worden ist, da die verhagelten Storen lediglich auf Ihre Funktionalität repariert werden mussten und nicht vollumfänglich ersetzt wurden. Die verhagelten Storen kann man bis zur Sanierung ORST ästhetisch so belassen. Dieser Minderwert konnte uns trotz Nachfragen nicht beziffert werden. Wir gehen davon aus, dass dies als Unterlassungssünde liegen gelassen resp. nicht geltend gemacht wurde. Unschön. Hier verlangen wir eine disziplinarische Verbesserung und keine solchen Wiederholungen mehr.

Investitionsrechnung: Dort wurde lediglich rund die Hälfte wie vorgesehen investiert. Die Minderausgaben wurden hauptsächlich durch die Verschiebung der Sanierung St. Nikolausstrasse und Gemeindehaus verursacht. Auffällige Mehrausgaben 351'000 Franken findet man bei Kleininvestitionen Kirchfeld, dort drängt sich ein bisschen der Verdacht auf, dass beim Bau nicht alle bfu-Auflagen berücksichtigt wurden.

Die vorliegende Rechnung kann trotz kleinerer Mängel so gutgeheissen werden. Die BVK dankt all denen, welche mit Ihrer Disziplin zum konstruktiven Ergebnis beigetragen haben. Wir sind für Eintreten und Genehmigung der Rechnung 2010.

7. Fragestunde

anschliessend Weiterbehandlung B+A Nr. 1448

Roger Jenni (FDP)

Eintreten GSK

Die Gesundheits- und Sozialkommission hat die gesundheits- und sozialrelevanten Themen der Jahresrechnung 2010 an ihrer Sitzung vom 18. Mai behandelt und äussert sich wie folgt:

5101 Vormundschaftswesen

Der Beitrag an den Gemeindeverband fiel höher aus. Dies deshalb, weil der Verband die ganze Organisation steuert und bei zusätzlichen Kosten diese an die Gemeindeverbandsmitglieder verteilt werden. Weiter hat auf das Jahr 2011 der Finanzierungsschlüssel geändert: Waren es beim alten Schlüssel je eine Kopf- sowie Fallpauschale mit einem Stundenansatz für weitere Stunden von 40 Franken, so richtet sich der neue Schlüssel nach Einwohnerzahl sowie Fallpauschale. Der Beitrag soll 45 % der Grundkosten abdecken, der Rest wird fallbezogen sein.

5207 Freiwillige Angebote

Durch Änderungen in der Verbuchungsweise werden teilweise die Vergleiche zum letzten Jahr sehr unübersichtlich, z.B. Entschädigung Herbstsportwoche.

1000 Gebäude und Umgebung Kirchfeld

Die fehlenden Rabatte bei der CKW haben scheinbar ihren Ursprung im entsprechenden CKW-Vertrag. Dadurch ist ein höherer Beitrag weggefallen.

In einem viel diskutierten und breit abgestützten Grundsatzentscheid habe man seinerzeit beschlossen, auf versiegelte Parkettböden im Kirchfeld zu verzichten. Mussten früher die Parkettböden im 2-Jahres-Rhythmus nachbehandelt (geölt) werden, so ist man heute bei einer alljährlichen Nachbehandlung. Deshalb die höheren Materialkosten.

21000 Pflegekosten

Zwei individuelle Weiterbildungen sowie eine allgemeine Schulung konnten nicht durchgeführt werden.

550160 Wohnungswesen

Der Einwohnerrat hatte entschieden, keine Mitziinsbeihilfen zu budgetieren, der Volksentscheid hat dem dann widersprochen.

5504 Jugendanimation

Das Projekt "Sozialräumliche Jugendarbeit" wurde Ende 2010 abgeschlossen, da es für das Jahr 2011 nicht mehr bewilligt wurde.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten sowie Annahme des B+A 1448.

Eintreten CVP

Das Resultat hat uns nicht überrascht. Klar ist es nicht erfreulich, dass aus der Jahresrechnung ein Defizit resultiert.

Die Zahlen sind also nicht berauschend, verbessert hat sich aber auf jeden Fall die Form der Jahresrechnung. Die Begründungen sind meistens gut formuliert und referenzieren die entsprechenden Konten. Dadurch wird der gesamte Bericht besser lesbar und führt definitiv zu weniger Diskussionen.

Für das nächste Jahr erwarten wir aber dennoch Verbesserungen, nicht beim Bericht selber, sondern beim Jahresergebnis. Wir alle werden also beim nächsten Budget gefordert sein.

Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Annahme des vorliegenden B+A.

Urs Hediger (CVP)

Jürg Luthiger (CVP)

Eintreten SVP

Alwin Larcher (SVP)

Der Abschluss 2010 von Horw ist nicht schlecht, er ist aber auch nicht gut und vor allem nicht so gut, wie er sein sollte. Ich mache mir jeden Frühling einen Sport daraus, in der Neuen Luzerner Zeitung zu schauen, wie die anderen Gemeinden abgeschlossen haben. Adligenswil und Grosswangen haben besser abgeschlossen; Malers, meines Wissens ein Durchfahrtsort von geringer Bedeutung, hat 5 Mio. Franken mehr als budgetiert; Gisikon fährt Überschuss ein; von Meggen möchte ich jetzt nicht noch reden, das ist ein Reizthema für den Gemeinderat; Ebikon senkt die Steuern. Was macht Horw? Horw, das so viel besser situiert ist, verharrt im Defizit. Wir sind ja stolz auf Horw und sagen, wie schön wir wohnen und dass wir keine Industrie haben, die in einer Rezession in ein Loch fällt. Das ist aber ein geringer Trost, wenn wir in der Neuen Luzerner Zeitung auf der Liste der "höchsten Defizite" auftauchen, das ist keine Ehrentafel. Haben wir denn in Horw in finanzieller Hinsicht die Möglichkeiten ausgeschöpft? Das haben wir sicher nicht. Ich erinnere an die Motion 261/2008 von Herrn Zemp, der sich eine gewaltige Arbeit aufgebürdet hat und am Schluss über einzelne Bilanzpositionen und Konti besser Bescheid gewusst hat als die Zuständigen. Wir sind heute noch der Überzeugung, dass Horw eine Luftblase von 3 bis 4 Mio. Franken hat, die wir sparen könnten, wenn wir wollten. Natürlich tut sparen weh und natürlich möchte sich der Gemeinderat nicht unbeliebt machen, schliesslich sind alle vier Jahre Wahlen. Der Gemeinderat hat sich um die Forderungen foutiert, die Thomas Zemp fundiert auf den Tisch gelegt hat.

Bei den Steuerfüssen wird immer gesagt, Horw habe einen tiefen Steuerfuss. Das ist richtig, wir haben keinen hohen, aber wir sind nicht an erster, zweiter oder dritter Stelle, sondern wir sind an siebter Stelle. Eich z.B., dort hat man es verstanden, aus einem kleinen Bauernkaff mit einem kleinen Steueraufkommen, etwas zu machen. Das ist eine Fähigkeit, die unserer Exekutive abgeht. Normalerweise müsste unser Steuerfuss, wenn man alle Möglichkeiten ausschöpft und endlich einmal eine Ausgabenpolitik hat, die sich gegenüber dem Steuerzahler vertreten lässt, bei ungefähr 1.4 Einheiten liegen. Nichtsdestotrotz aber ist unsere Verschuldung ständig gestiegen. Wir hätten eine noch höhere Verschuldung, wenn alle Projekte, die Sie bereits bewilligt haben, auch ausgeführt worden wären. Wir haben aber aus verschiedenen Gründen einen enormen Investitionsstau und wir wissen auch, was uns noch bevorsteht. Nicht umsonst schreibt der Gemeinderat im Blickpunkt vom November 2010 selber, dass infolge des offensiven Investitionsprogramms von über 80 Mio. Franken die Verschuldung stark ansteigen werde. Wir schulden jetzt knapp 40 Mio., plus 80 Mio. ergibt 120 Mio. Franken, Kommentar überflüssig.

Mittelbeschaffung: Natürlich ist unsere Bilanz noch im Plus, wir haben ein Kapital von ungefähr 6 Mio. Franken. Aber in der Liquidität sind wir, wenn wir so viel ausgeben, nicht gut. Warum verkaufen wir nicht endlich unsere überflüssigen Liegenschaften. Jahr für Jahr lesen wir, mit dem Werkhof sei es halt noch nicht so weit, es sei nicht gelungen oder es habe einen Paradigmenwechsel gegeben. Aber wir haben nicht nur den Werkhof, wir haben noch für Millionen Franken andere Liegenschaften, die wir verkaufen könnten. Ich postuliere im Namen der SVP, dass wir bei der nächsten grösseren Ausgabe, das kann das Oberstufenschulhaus sein, verlangen, dass ein wesentlicher Teil der Finanzierung nicht auswärts geholt wird, auch wenn heute die Zinsen noch tief sind, sondern aus Eigenmitteln bestritten wird. Dazu braucht es natürlich eine Aktivität der Gemeindeverwaltung, die endlich einmal dahintergehen muss, wo man Mittel hernehmen kann. Im Zusammenhang mit dem Südbahnhof habe ich gelesen, dass die Verschuldung vorübergehend sei. Wissen Sie, wie viel Zeit verstreichen wird, bis wir aus dem neuen Quartier einen entsprechenden Steuerertrag bekommen? Das sind nicht Jahre, das ist mindestens ein Jahrzehnt und zwischendurch werden dann bereits neue Bedürfnisse auftauchen. So haben wir gehört, dass wir neue Schulhäuser bauen müssen und anderes mehr. Also ist es keine vorübergehende Verschuldung, ausser wir erhöhen die Steuern, und das ist vor dem Volk nicht mehrheitsfähig, sondern die Ver-

schuldung wird sich auf einem hohen Betrag einpendeln und das wollen wir nicht. Im Übrigen akzeptieren wir die einwandfreie Arbeit der Gemeindeverwaltung und vom Gemeinderat in Bezug auf die Rechnung. Ich höre seit 10 Jahren, wie die Parteien jedes Mal gefälligkeitstiefend danken. Wir müssen weder dem Gemeinderat noch der Gemeindeverwaltung danken, denn das ist ihre grundlegende Arbeit, für die sie bezahlt werden. Aber die gute Arbeit, die geleistet wird, estimieren wir. In dem Sinn ist die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten.

Eintreten FDP

Die FDP nimmt die vorliegende Rechnung grundsätzlich positiv zur Kenntnis. Eine vom Gemeinderat formulierte Punktländung ist es jedoch nur bedingt, lediglich das prognostizierte Minus trifft relativ genau zu. Bei den Ausgaben wie bei den Einnahmen differieren einzelne Kapitel doch wesentlich vom Budget ab, heben sich aber am Schluss Gott sei Dank einigermaßen auf.

Bei der Laufenden Rechnung müssen künftig die Erklärungen plausibler gemacht werden resp. die fehlenden Erklärungen nachvollziehbarer ergänzt werden.

Bei der Investitionsrechnung gelten auch für uns die Argumente, welche bereits von der GPK und der BVK ausgeführt worden sind.

Die Rechnung ist nun Geschichte. Sie wurde uns mehrheitlich nachvollziehbar und glaubwürdig vorgelegt, so dass wir uns damit abfinden können. Die Erkenntnis aus diesen Zahlen müssen uns aber für das kommende Budget 2012 sensibilisieren. Das Eigenkapital wird nun kontinuierlich abgebaut und wenn dieses aufgebraucht ist, führt dies zu einer ganz empfindlichen Mehrverschuldung für die Zukunft. Dieser Tendenz gilt es entgegenzuwirken, um nicht letztendlich über eine Steuererhöhung diskutieren zu müssen. Die FDP hält an einer Beibehaltung des jetzigen attraktiven Steuersatzes fest.

Erstaunt haben wir die Ausführung eines NLZ-Journalisten entgegengenommen, welcher unserer Gemeinde unterstellt, dass wir eine der höchsten Sozialausgaben der Agglomeration Luzern hätten. Dies nur noch als Anregung für die Prüfung von allfälligen und künftigem Sparpotenzial.

Die vorliegende Rechnung kann so gutgeheissen werden. Die FDP ist für Eintreten und Genehmigung der Rechnung 2010.

Eintreten L20

Mit viel Glück auf der Einnahmenseite konnte das Resultat erreicht werden. Der Ertrag pro Einheit aber ist gesunken, meine Damen und Herren, entgegen den Versprechungen – oder sprechen wir besser von Beschwörungen – der Initianten der kantonalen Steuersenkungspolitik. Und wo – wenn nicht zumindest auch in Horw – müssten diese Effekte doch spürbar werden. Wir werden in Zukunft nicht darum herumkommen, die Einnahmenseite zu verbessern. Denn es stehen noch happige Ausgaben an – ich erinnere nur an die Pflegefinanzierung – und auch im 2012 wird wieder eine weitere Million wegen des neuen Steuergesetzes fehlen. (Halbierung Gewinnsteuer bei juristischen Personen).

Wir erinnern uns auch noch an das Budget, wo folgende Leistungen verschlechtert wurden: So wurde die Lohnerhöhung des Personals um 0.5 %, die Beleuchtung Seefeld und die Ersatzbeschaffungen Spielplätze gestrichen.

Ein Blick auf die Investitionsrechnung zeigt, dass hier wenig gelaufen ist, zu wenig, meinen wir. Die Gemeinde sollte sich bemühen, permanent an ihrer Erneuerung zu arbeiten. Dass meistens externe Gründe dafür verantwortlich sind, kann als Entschuldigung

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Konrad Durrer (L20)

geltend gemacht werden. Es ist aber schon befremdend, wenn Unternehmen, denen man vor Jahren das Trottoir als Parkplatz zur Verfügung gestellt hat, sich jetzt gegen eine vernehmliche Lösung 100 m weiter weg, sträuben. Die Gemeinde muss sich gut überlegen, wo sie in Zukunft zu Konzessionen bereit ist. Doch dies ist ja eigentlich ein anderes Thema.

Wir kritisieren, dass Geld aus dem zweckgebundenen Verkehrsfond artfremd verwendet worden ist und finden uns darin von der Revisionsgesellschaft bestätigt.

Das Kirchfeld hat wieder einen feinen Gewinn erarbeitet. Hier wird offensichtlich wirtschaftlich gearbeitet.

Wir denken, dass der Detaillierungsgrad nun gut ist und die Kommentierung meist ausreichend.

Ein letztes Anliegen zu Budget/Rechnung: Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, sollten in Zukunft Buchungsänderungen nur noch in zwingenden Gründen erfolgen. Manchmal ist die Mehrjahresvergleichbarkeit wichtiger als die vollständige Korrektheit des Buchungsortes.

Wir sind für Eintreten und Annahme der Rechnung.

Als älteste Einwohnerrätin kann ich es mir nicht verkneifen, dem ältesten Einwohnerrat etwas auf sein Eintretensvotum zu entgegnen.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Herr Larcher, Sie haben erzählt, was Horw alles nicht macht und nicht hat und haben auf die Motion 261 hingewiesen. Wissen Sie aber, was Horw hat? Dank Ihrer Hilfe haben wir eine Schulpflege, die mit 76 % Mehrausgaben entschädigt wird.

Sehr gerne nehme ich den Dank und den Hinweis speziell auf das Kirchfeld, wo die Spezialfinanzierung positiv abgeschlossen hat, voraus. Wir haben aber auch andere Spezialfinanzierungen, die positiv abgeschlossen haben, was übrigens auch einen Einfluss auf den Umsatz hatte. Ich bleibe aber dabei, dass mit einer realistischen Budgetierung Überraschungen ausgeblieben sind. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben wirklich präzise budgetiert und wenn Sie die grossen Positionen anschauen müssen Sie sehen, dass wir Abweichungen in einem kleinen Prozentbereich haben. Ich spreche da vom Personalaufwand, vom Sachaufwand, aber auch auf der Steuerseite.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Zur Vergleichbarkeit muss ich auch dieses Jahr sagen, dass es manchmal schwierig ist, wenn gesetzliche Bestimmungen oder Softwareänderungen kommen, den Vergleich wieder sicherzustellen. Ein Hinweis wird selbstverständlich den Kommentar noch erleichtern, aber es ist für uns auch nicht ganz einfach.

Die Vergleichbarkeit zum Budget ist eine Wunschvorstellung, die nicht nur die GPK, sondern auch der Gemeinderat hat. Da sind wir auch immer wieder im Zwiespalt mit anderen Gemeinden, wenn wir versuchen, Zahlen zu eruieren und immer wieder feststellen, dass unterschiedliche Bewertungen vorgenommen werden und das zu Problemen führen kann.

Ich möchte Ihnen aufzeigen, wie gewisse Einflüsse den Umsatz verändern können. Die Abweichung des Budgets zur Rechnung 2010 beträgt 3.6 % auf der Aufwands- und 3.99 % auf der Ertragsseite. Die Krankenversicherung war in der Vergangenheit jeweils netto enthalten und mit der neuen Gesetzgebung musste das brutto verbucht werden, was wir so nicht im Budget hatten. Das schlug mit fast 1 Mio. Franken zu Buche. Wir hatten eine zusätzliche Abschreibung bei der Feuerwehr, das haben Sie mit dem Kredit

und der Abrechnung genehmigt, wir hatten die Hagelschäden, die auch auf beiden Seiten den Umsatz angehoben haben und wir hatten durch die positiven Resultate der Spezialfinanzierungen per Saldo ungefähr 300'000 Franken mehr Einlagen. Wenn Sie das zusammenzählen, ergibt das eine Veränderung von 0.95 % auf der Aufwand- und 1.76 % auf der Ertragsseite und da darf man durchaus von einer Punktlandung sprechen.

Sie haben den Liegenschaftsunterhalt erwähnt. Beim Liegenschaftsunterhalt darf ich generell sagen, dass wir im 2010 zurückhaltend waren, das hatte auch einen Zusammenhang mit dem Austritt von Herrn Burch. Beim Gemeindehaus haben wir nichts investiert, weil wir nach wie vor vor einer Totalsanierung stehen.

Von Seite der SVP musste ich hören, dass der Abschluss im Vergleich mit anderen Gemeinden schlecht sein soll. Herr Larcher, ich habe mir die Mühe auch gemacht und die Resultate der Gemeinden angeschaut. Sie müssen jeweils alles lesen und den Hauptbegründungen konnten Sie entnehmen, dass die Resultate aufgrund ausserordentlicher Grundstücksverkäufe zustande kamen.

Was ich nicht akzeptieren kann Herr Larcher, ist das mit der Motion 261. Wir sind daran, die Massnahmen in 1. Priorität umzusetzen und das wird sich selbstverständlich erst in diesem Jahr auswirken. In Bereichen mit Personalreduktion oder wo wir weniger Reinigungsaufwand vorgesehen haben, konnte sich das 2010 noch nicht auswirken.

Zur Anmerkung der FDP, dass die Bemerkungen plausibel sein müssen kann ich sagen, dass wir selber immer kämpfen, um das zu erreichen und wir sind immer daran, das zu verbessern. Ich kann nur hoffen, dass wir irgendwann in die Globalbudgetierung kommen und dann sieht das natürlich auch wieder anders aus.

Sie haben richtig festgestellt, dass die Investitionen nicht wie vorgesehen getätigt wurden, sondern nur rund die Hälfte, die Gründe sind Ihnen bekannt.

Detailberatung

5301 Kulturförderung und Kultursicherung, S. 57

Die Position 318 hat mich dazu veranlasst, näher anzuschauen, was bei dem Nena-Konzert passiert ist. Es ist mein tägliches Brot, mich mit Sponsoren zu unterhalten, denn wie Sie wissen, leite ich ein Festival. Ich habe mich hinter die Akten gemacht und musste feststellen, dass da Fehler passiert sind, die nicht vorkommen dürfen. In den Akten, die an die Leute geschickt wurden, damit sie sich als Sponsoren beteiligen, stand unter dem Titel "Budget" ein einziger Satz, und zwar "Kosten 200'000 Franken". So spielt kein Sponsor mit. Das Budget muss ausgewiesen sein mit Ausgaben und Einnahmen inkl. der öffentlichen Beiträge. Fundraising und Sponsorengelder sowie die Gegenleistungen müssen auch darin stehen. Wenn das im Budget enthalten ist, dann spricht der Sponsor an. Verschiedene Unternehmungen aus Horw haben mir gesagt, dass der schlechte Ausweis von Sponsorengeldern ein Grund war, warum sie nicht mitgemacht haben.

Es liegt mir nicht daran, den Gemeinderat zu tadeln, man müsste die tadeln, die das in den Händen hatten. Ich möchte Ihnen einfach aufzeigen, dass Kulturmanagement heute ein Job ist, der sehr schwer durchzuführen ist und man etwas von dem Metier verstehen muss. Kulturmanagement fordert, man muss wissen, wie ich an einen Sponsor gehen muss und was ich diesem biete.

Ich bitte den Gemeinderat, solche Sachen in Zukunft umsichtiger anzugehen und besser zu schauen, was für Unternehmen er engagiert, die so einen Event veranstalten sollen. Wenn man von professionellen Eventveranstaltungen spricht muss ich einfach

Jörg Conrad (SVP)

sagen, dass der Anlass wirklich nicht professionell war. Im Zeitungsartikel, der nach dem Konzert erschienen ist, hat Jürg Luthiger für die CVP die Meinung vertreten, dass es eine gewisse Anlaufzeit brauche. Ich sage Ihnen, wenn es mit dem Sponsoring richtig läuft, braucht es keine Anlaufzeit, dann funktioniert es. Mein Anliegen ist, solche Events in Zukunft besser zu überprüfen und besser zu machen, damit solche Defizite nicht einfach vom Steuergeld genommen werden. Es sind immerhin 45'000 Franken, die nicht nötig gewesen wären und was man mit einer sorgfältigen Arbeit anders hätte machen können.

5601 Neubau Strassen und Wege, S. 78

Zur Kostenart 319 heisst es: "Die zusätzlichen Kosten wurden mit einem Bezug aus dem Verkehrsfonds finanziert." In einem B+A aus dem Jahr 1989 kann man nachlesen, für was die Fonds gedacht sind und zum Fonds "Verkehrswege" heisst es: "Es soll eine Reserve für den künftigen Ausbau des Rad- und Fusswegnetzes gebildet werden." Mit einer Entnahme für den Landerwerb von Grundstück Nr. 739 wurde der Fonds zweckentfremdet gebraucht und wenn man das nächste Mal etwas mit Fuss- oder Radwegen machen möchte und sagt, dass man das nicht finanzieren könne, wäre ich froh, wenn in dem Fonds die Gelder noch wären. Ich fühle mich bestätigt in der Bemerkung der Revisionsstelle, die das auch bemängelt. Ihrem Vorschlag, das Fondsreglement zu ändern, kann ich nicht folgen, denn ich bin der Meinung, dass man das Geld dem Fonds entsprechend verwenden sollte.

Konrad Durrer (L2O)

Wir wissen, dass das Reglement nicht mehr ganz up to date ist und das Finanzdepartement hat den Auftrag, im Zusammenhang mit dem Budget 2012 das Fondsreglement zu überarbeiten. In den letzten Jahren haben wir den Fonds auch nicht mehr gespiesen. Wenn Sie weitergelesen haben, wären im Budget zwischen 8 und 10 % der Grundstückgewinnsteuer vorgesehen und das hat sich dadurch, dass wir jetzt dem Kanton 50 % abliefern müssen, natürlich auch geändert. Auch das ist also ein Grund, das Reglement neu zu überarbeiten.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Noch einmal zum Verständnis: Ich bin der Meinung, man sollte das Geld gemäss dem Reglement verwenden und nicht das Reglement ändern.

Konrad Durrer (L2O)

5708 Wasserbau, S. 85

Es gibt gewisse virulente Themata zwischen dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat. Eines davon ist die Ufergestaltung Seewen. Wir haben eine Gemeinderätin, die einen Sinn für alles Schöne hat, aber im Speziellen möchte sie die Schönheit von unserem Seeufer mit allen möglichen Massnahmen pflegen. Wir haben alle möglichen Seeuferoperationen abgelehnt, ganz besonders können Sie sich an unsere Opposition gegen das Rüteli und ähnliche Sachen erinnern. Von Passanten wurde ich angesprochen, was die Gemeinde jetzt beim Seewen mache. Ich habe es auch nicht gewusst und jetzt lese ich hier, dass der Gemeinderat die Sanierung der Ufergestaltung Seewen als gebogene Mauer mit integrierter Treppe aus Granitquader im Umfang von 92'500 Franken genehmigte. Wie wurde das finanziert? Es war nicht im Budget, sondern wurde über einen Gemeinderatskredit finanziert. Für die Sanierung war aber keine Dringlichkeit gegeben. Man hat mir dann erzählt, man habe jedes Jahr für 20'000 Franken Kies aufschütten müssen, sonst würden sich die Badenden die Fusssohlen verletzen und ähnliche Sachen.

Alwin Larcher (SVP)

Wie auch immer, man kann darüber diskutieren, ob man den Seewen-Abschnitt wieder ein wenig schöner oder anders machen soll, aber man kann nicht darüber diskutieren, dass das dem Gemeinderatskredit belastet wird. Für einen Gemeinderatskredit gibt es eigentlich nicht viele Unwägbarkeiten, dieser ist bestimmt für frei bestimmbar, nicht voraussehbaren Aufwand und nicht voraussehbare Ausgaben. Es muss mir niemand

erzählen, dass man auf einmal auf einen Übelstand gestossen ist, den kein Mensch erkannt hat und dann sofort Herrn Gygax vom Gartenbaugeschäft beauftragt, dort mit dem Bagger aufzufahren und rund 100'000 Franken auszugeben. Das ist gemacht worden, weil man die Opposition im Einwohnerrat gegen die Seeuferveränderung gekannt hat und dann hat man das schnell mit einem Gemeinderatskredit eingeschmuggelt. Und es ist nicht der erste Fall, wo der Gemeinderat mit einem Gemeinderatskredit allerhand untergebracht hat, bei dem man zwar nicht sagen kann, es sei nicht gut oder nicht richtig, aber was auf jeden Fall voraussehbar war. Auch die Seeuferegestaltung Seewen war voraussehbar und es hätte auch noch gereicht, wenn man es im Herbst in das Budget aufgenommen und im nächsten Frühling ausgeführt hätte. Nachdem wir das nun mehrere Male durchexerziert haben möchte ich sagen, dass wir als Einwohnerrat, wenn wieder so etwas in der Rechnung erscheint, die Annahme der Rechnung verweigern müssen. Das ist nichts Schönes und auch publizitätsmässig nicht vorteilhaft für Horw. Wir müssen es aber machen, damit der Gemeinderat endlich seine eigenen Vorschriften ein wenig genauer anschaut und danach handelt.

57041 Abfallentsorgung Allgemein, S. 91

Es wurden teure Solar-Press-Abfallbehälter gekauft und ich stelle fest, dass diese häufig nicht so funktionieren wie sie sollten. Ich erwarte, wenn man solche Anschaffungen macht, dass diese auch funktionieren. Dabei geht es vor allem um den Behälter beim Gemeindehausplatz.

Es ist mir neu, dass der Behälter nicht funktioniert und wenn Sie so etwas feststellen, müssen Sie uns das mitteilen. Ich werde das Anliegen weiterleiten.

Abstimmung:

1. Der Rechnung 2010 der Einwohnergemeinde Horw, umfassend

- **Laufende Rechnung**
- **Investitionsrechnung**
- **Bilanz per 31. Dezember 2010**

wird einstimmig die Genehmigung erteilt.

2. Es wird einstimmig beschlossen, dass keine Nachtragskredite im Sinne von Art. 57 der Gemeindeordnung zu bewilligen sind.

3. Es wird einstimmig beschlossen, dass der Aufwandüberschuss von 1'131'991.53 Franken dem Eigenkapital belastet wird.

Gesamtabstimmung:

Der Bericht und Antrag Nr. 1448, Jahresrechnung 2010, wird einstimmig genehmigt.

Marcel Zimmermann
(SVP)

Susanne Heer (FDP)

Robert Odermatt
(SVP)

8. Bericht und Antrag Nr. 1450 Jahresbericht 2010

Eintreten GPK

Die kurze und übersichtliche Darstellung des Berichtes ist milizparlamenttauglich und wird als positiv empfunden.

Im Bericht wird verschiedentlich auf fehlende oder knappe Personalressourcen hingewiesen. Dies scheint uns besonders im Finanzdepartement der Fall zu sein. Angesichts der Bedeutung dieser Abteilung und der von uns als ausgezeichnet beurteilten Arbeit des Finanzsekretärs muss hier innert nützlicher Frist eine Lösung gesucht werden. Dies erachten wir als besonders dringlich, da das Interne Kontrollsystem IKS zwar im Konzept vorliegt, jedoch infolge der "begrenzten Personalressourcen" im Jahre 2010 nicht umgesetzt werden konnte. Dieses Instrument ist jedoch ein grundlegendes Erfordernis für die Arbeit der GPK, weshalb wir auf dessen Einführung im laufenden Jahr bestehen.

Beim Bebauungsplan Ortskern wird die Arbeitsvergabe an etliche Planer und Architekten festgestellt, weshalb erwartet wird, dass die entsprechenden Unterlagen bei der Vorlage an den Einwohnerrat ein hohes Niveau erreichen werden.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass im Jahr 2010 verschiedene wichtige Vorhaben weiterentwickelt oder zum Abschluss gebracht werden konnten. Für diese Arbeit dankt die GPK dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung.

Eintreten BVK

Aus Sicht der BVK ist dieser Jahresbericht eindeutig besser verfasst. Fast alle baurelevanten Jahresziele konnten abgeschlossen werden, was Ausdruck einer exakteren Zielformulierung ist. Unser Anliegen vom letzten Jahr wurde also aufgenommen. Wir danken dafür.

Die BVK ist einstimmig für Kenntnisnahme und für Eintreten.

Eintreten GSK

Die GSK hat die sozial- und gesundheitsrelevanten Themen des Jahresberichts besprochen. Dabei hat uns Oskar Mathis das Projekt "luegsch" näher erläutert und uns über den aktuellen Stand der Analyse "Innovative Alterspolitik" informiert.

Beim Projekt "luegsch" handelt es sich um ein kantonales Projekt zur Alkoholprävention. Jugendliche und Gastrobetriebe sind zum Thema Alkoholmissbrauch sensibilisiert worden. Der Auslöser, bei dem Projekt mitzumachen, ist die Tatsache, dass einige Jugendliche in Horw offensichtlich ein Alkoholproblem hatten oder immer noch haben.

Die Analyse zur "Innovativen Alterspolitik" ist abgeschlossen und der Grundlagenbericht der Hochschule Luzern liegt vor. Das weitere Vorgehen besteht nun aus einer Priorisierung der verschiedenen Bedürfnisse, z.B. einer Informations- und Koordinationsstelle, wie sie z.B. bereits in Kriens eingerichtet wurde. Es wird nun auch in Horw abgeklärt, ob evtl. auch da etwas Gemeindeübergreifendes angegangen werden kann. Die GSK ist für Eintreten und Genehmigung des Jahresberichts.

Alwin Larcher (SVP)

Jürg Luthiger (CVP)

Heidi Pieper-Berdux
(FDP)

Eintreten CVP

Der Jahresbericht soll uns Auskunft geben über geplante Massnahmen des vergangenen Jahres und deren Umsetzung oder Stand der Dinge. Im Jahresbericht ist dann die Schwierigkeit, entsprechende Ziele festzulegen, welche messbar sind und welche man auch als abgeschlossen beurteilen kann.

So zeigt sich z.B. bei "2.6 Werkhof" mit der Zielformulierung "Gemeinsame Beschaffungen zeigen budgetrelevante Ergebnisse", dass man wohl durch gemeinsame Beschaffungen das Ziel erreicht hat – für diese eine Beschaffung – jedoch diese Zielformulierung eigentlich zu einem permanenten Prozess gehört. Auch "Die Kontinuität im Stab, Kader und bei den AdF wird sichergestellt" im Kapitel "2.7 Feuerwehr" stellt eigentlich einen kontinuierlichen Prozess dar.

Wie man einfach, ohne Kommentar und Gewichtung feststellen kann, so kann man statistisch erwähnen, dass der Status von den 35 aufgeführten Zielformulierungen wie folgt ist:

- gestartet: 1
- weitergeführt: 12
- abgeschlossen: 19
- ohne Zielformulierung: 3.

Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und nimmt den Jahresbericht 2010 einstimmig zur Kenntnis.

Eintreten SVP

Der Jahresbericht ist kurz und übersichtlich gehalten. Positiv ist, dass sehr viele Geschäfte abgeschlossen werden konnten. Für uns ist weiter positiv, dass durch die Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden Einsparungen erzielt werden konnten. Der geplanten Gemeindeausstellung 2012 steht die SVP-Fraktion kritisch gegenüber. Das Bedürfnis für die Bevölkerung ist nicht zu sehen. Wir sind für Eintreten und Kenntnisnahme des Jahresberichts.

Eintreten FDP

Der Bericht ist kurz und schlank abgefasst, was wir begrüssen. In der Fraktion haben wir auch über die begrenzten Personalressourcen diskutiert. Dort sehen wir einfach das Problem in der Finanzabteilung, was man wirklich anschauen müsste.

Unter dem Punkt "2.11 Gesundheit" haben wir diskutiert, warum man ein Projekt des Kantons übernehmen musste, wo wir doch in Horw das eigene gute Programm "Aktiv und Fit" haben. Dort sind wir der Meinung, dass das von Lehrern zu wenig unterstützt wird.

Weiter sind wir der Meinung, dass unter dem Punkt "2.14 Verkehr" der Busbahnhof im gesamten ÖV-Konzept vorgehen muss, so dass alle Indikatoren einbezogen werden können.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme des Jahresberichts.

Urs Hediger (CVP)

Marcel Zimmermann
(SVP)

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Eintreten L2O

Franz Leipold (L2O)

Es ist gut, sich Ziele zu setzen, auch wenn aus verschiedenen Gründen nicht immer alle Ziele wie vorgesehen erreicht werden können. Hoffen wir nicht, dass nur der Weg das Ziel bleibt! Aber der Gemeinderat hat sich die Ziele ja so realistisch gesetzt, dass ein Grossteil davon erreicht wurde oder kurz vor dem Abschluss steht.

Es gibt einige positive Punkte zu vermerken:

- Der Abschluss der Reglemente Wasserversorgung und Siedlungsentwässerung
- der Abschluss der Ortsplanung inkl. Aussichtsschutzreglement
- und die Genehmigung des Bebauungsplans Südbahnhof.

Leider sind einige Ziele aus Ressourcenmangel nicht erreicht worden:

- Das Konzept Integriertes Managementsystem, Qualitätsmanagement und Internes Kontrollsystem
- und der Ausbau vom Berichtswesens und des Controllings haben nicht umgesetzt werden können.

Offen bleiben nach wie vor:

- die Sanierung Gemeindehaus
- der Neubau Oberstufenschulhaus
- der grosse Umbau in den Volksschulen Horw: mit flächendeckender Einführung von IF in allen Schulhäusern

Noch zwei Fragen zur Gesundheit:

- Beim Jugendschutzprojekt "luegisch" haben Testkäufe stattgefunden. Gibt es da Auswertungsergebnisse?
- Wie steht es mit der Kontrolle des Alkoholausschanks, z.B. an der Fasnacht in der Horwerhalle? Ich habe da letzte Fasnacht spezielle Erfahrungen mit einem Jugendlichen gemacht.

Die L2O dankt den Beteiligten für den übersichtlichen Jahresbericht und ist für Eintreten und Kenntnisnahme.

Detailberatung

2.11 Gesundheit, S. 6

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Zur kantonalen Aktion "gesundes Körpergewicht" möchte ich noch einmal nachhaken. Diejenigen, die keine Kinder im Schulalter haben, wissen es vielleicht weniger, das "Aktiv und Fit-Programm", das die Gemeinde seit Jahren unterstützt, ist absolut für das gesunde Körpergewicht. Es ist einfach ein wenig schade, dass es trotz eines enormen Efforts einige Lehrer gibt, die die Kinder überhaupt nicht motivieren, sondern im besten Fall im Schulzimmer den Zettel aufhängen. Das wäre schon etwas, was man von der Gemeinde her irgendwie mehr unterstützen könnte oder nicht vergessen, wenn man bei einer Aktion "gesundes Körpergewicht" vom Kanton mitmacht, dass wir schon selber in der Gemeinde ein Superprogramm haben.

Mich interessiert, ob es Auswertungsergebnisse zu den Testkäufen des Jugendschutzprojektes "luegisch" gibt.

Franz Leipold (L2O)

Bei den Testkäufen gab es ca. 30 %, die die Auflagen nicht erfüllt haben. Bei einem zweiten Testkauf wurden dann noch von 10 % die Auflagen nicht erfüllt. Dort musste die Polizei schlussendlich entscheiden, ob das ein Vergehen ist, auf das sie eine Busse aussprechen können. Das läuft nicht von der Gemeinde aus, sondern ist vom Kanton gesteuert.

Oskar Mathis (L2O)

Beim "gesunden Körpergewicht" ging es um eine kantonale Aktion und darum, dass die Gemeinde nicht zusätzliche Ressourcen für so etwas ausgibt, wenn es schon vom Kanton angeboten wird. Wir mussten lediglich die Versandkosten übernehmen und den Hinweis geben. "Aktiv und Fit" ist ein sehr gutes Programm und damit sind wir ein Vorzeigebeispiel, aber dazu ist natürlich eine gewisse Unterstützung der Schule notwendig. Man weiss, dass die Schule bereits viel auf dem Buckel hat, wir können sie auch nicht zwingen, ich werde die Anregung aber gerne aufnehmen und das Programm "Aktiv und Fit" sicher empfehlen.

Abstimmung:

Der Jahresbericht 2010 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Robert Odermatt
(SVP)

9. Bericht und Antrag Nr. 1451 Abrechnung Sonderkredit energiepolitisches Programm 2007 - 2010

Eintreten GPK

Mit dem B+A Nr. 1451 haben wir eine Abrechnung und einen Zusatzbericht, in welchem zwei Rechnungsfehler korrigiert werden mussten, zur Genehmigung erhalten.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Im Zusatzbericht wurden die Zahlen bereinigt und in allen Tabellen sind jetzt die Bruttobeträge angegeben. Auch eine fehlerhafte Zusammenzählung bei den Energieberatungen im Jahr 2010 im Betrag von 300 Franken wurde korrigiert. Mit diesen Korrekturen ändert sich auch die Antragshöhe im vorliegenden B+A von 150'114.60 auf 154'814.60 Franken (Mehrbetrag von 4'700 Franken).

Für das energiepolitische Programm 2007 bis 2010 wurde ein Sonderkredit in der Höhe von 240'000 Franken bewilligt. Dieser Sonderkredit wurde in die Bereiche Aktionsprogramm (pro Jahr 20'000 Franken) und Förderprogramm (pro Jahr 40'000 Franken) aufgeteilt.

Gemäss dem Bericht kann man nicht genau eruieren, was wann und wo geleistet wurde, weil jedes Departement seine eigenen Aktionen durchgeführt und abgerechnet hat. Das System, mit welchem man den finanziellen Aufwand konkret dem Aktionsprogramm belasten konnte, war zu aufwendig und zu kompliziert. Im Aktionsprogramm sind deshalb auch Massnahmen aufgeführt, welche man so auch ohne diesen Sonderkredit durchgeführt hätte.

Von welcher Seite her man diesen B+A über den Sonderkredit des energiepolitischen Programms auch betrachtet, es macht niemanden recht zufrieden. Einerseits ist es nicht Sinn und Zweck eines Programms, wenn die gesprochenen Fördergelder nicht ausbezahlt werden und auf der anderen Seite ist die Problematik wie bei anderen Subventionen: Es herrscht ein Wildwuchs von Fördermassnahmen, welche sich gegenseitig konkurrenzieren. Alles in allem kann man sagen: Die Idee war gut, was fehlte, war die Effizienz!

Die GPK ist für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1451.

Eintreten BVK

Die SVP-Fraktion ist der gleichen Meinung wie die GPK und einstimmig für die Genehmigung vom B+A Nr. 1451.

Roland Bühlmann
(SVP)

Eintreten CVP

Die CVP-Fraktion bedauert, dass das Förderprogramm nicht ganz ausgeschöpft wurde. Das Ziel vom B+A war die Förderung und nicht das Sparen. Die CVP-Fraktion sieht die Probleme in den veränderten Rahmenbedingungen während der Laufzeit. Nicht zuletzt haben Bund und Kanton ihr Übriges dazugetan. Die Veränderungen im energiepolitischen Umfeld haben die Probleme stark beeinflusst. Nach 2009 hat Horw zu Recht keine Doppelförderung unterstützt. In Zukunft sollen die Massnahmen vom energiepolitischen Programm im jährlichen Budget aufgezeigt werden und so mehr Transparenz schaffen. Diese Massnahme begrüessen wir. Die CVP-Fraktion ist für die Genehmigung vom B+A Nr. 1451.

Raphael Dali (CVP)

Eintreten SVP

Wir haben festgestellt, dass die Übersicht über das System im Aktionsprogramm zu aufwendig und kompliziert ist. Darauf haben wir bereits im September, bei der Behandlung des Planungsberichts Nr. 1435 hingewiesen und dies bemängelt. Einerseits freut es uns, dass die Bevölkerung die Förderung konkret umsetzt und profitieren konnte. Andererseits vermissen wir den nötigen Überblick und die Klarheit. Finanziell ist es zwar auch schön, dass man noch etwas in der Kasse hat, es fragt sich aber, ob und wie weit der Zeitaufwand der Departemente eingerechnet wurde. Die SVP-Fraktion nimmt Kenntnis vom B+A Nr. 1451.

Reto Eberhard (SVP)

Eintreten FDP

Energie - der Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung, so hiess die Ausgangslage im B+A Nr. 1337 vom 8. März 2007. Die Gemeinde Horw ist seit 1992 Mitglied des Trägervereins "Energistadt" und gewichtet dem Bereich Energie hohe Aufmerksamkeit. Viele überwiesene politische Vorstösse verlangten von der Gemeinde verschiedentliches Handeln im Bereich Förderung erneuerbarer Energien sowie Unterstützung von Gebäudesanierungen und weitere Anreize für energiesparende Massnahmen. Dies sind u.a. Gründe, dass Horw im August beschloss, das Label "Energistadt" per 2007 zu erlangen.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Im B+A Nr. 1337 legte Horw folgenden Grundsatz fest: Horw setzt auf Nachhaltigkeit. Die Gemeinde nimmt in den Bereichen Energie und Mobilität eine Vorbildfunktion wahr. Sie motiviert und fördert einen nachhaltigen Umgang mit Energie in der ganzen Gemeinde. So beantragte der Gemeinderat im März 2007 einen Sonderkredit von 200'000 Franken für das energiepolitische Programm der nächsten vier Jahre. Zur Überraschung des Gemeinderates wurde der Kredit sogar noch erhöht auf Fr. 240'000 Franken. Dieser Betrag wurde aufgesplittet, anstelle 50'000 waren es nun 60'000 Franken pro Jahr. Diese wurden wiederum aufgeteilt in das Aktionsprogramm (20'000 Franken) und das Förderprogramm (40'000 Franken).

Förderprogramm

Bei der Durchsicht des vorliegenden B+A's kann festgestellt werden, dass mit 61 Gesuchen vielen Energiesparwilligen unter die Arme gegriffen werden konnte. Leider ist auch ersichtlich, dass nach anfänglichen Buchungsproblemen einer grossen Anfrage im Jahre 2009, das Förderprogramm schon im Mai gestoppt werden musste. Schlussendlich konnte der Kredit im Jahr 2010 nicht ausgenützt werden. Wäre es nicht möglich, einen gesprochenen Kredit auszunützen und für energiesparwillige Personen etwas unbürokratischer umzusetzen? Einen bewilligten Kredit einzusetzen, sollte nicht einem Problem von Verbuchung unterliegen.

Aktionsprogramm

Mit verschiedenen Öffentlichkeitsanlässen wie Tag der Sonne, das Auditfest, Energieapéro usw. wurden einige Aktionen organisiert. Der Kanton hat die Aktionen des energiepolitischen Programms mit 5'000 Franken unterstützt. Offensichtlich war auch hier

das Verbuchen der Beträge mit dem vorgeschlagenen System eine Herausforderung und wurde direkt über die Departemente in der Jahresrechnung ausgewiesen.

Horw hat 2007 die Wichtigkeit der zunehmenden Belastung von Klima und Umwelt erkannt und den Sonderkredit von 240'000 Franken bewilligt.

Die FDP ist nach der Besprechung der Abrechnung im B+A Nr. 1451 einstimmig für Eintreten.

Eintreten L2O

Herr Einwohnerratspräsident, vielen Dank seitens der L2O-Fraktion für den interessanten und lehrreichen Energie-Einwohnerratsausflug. Da wurden an einem Tag viele Ideen zur Energie eingebracht und es scheint, dass diese Reise heute im Rat, in der Abrechnung Nr. 1451, irgendwie fortgesetzt wird.

Wer die Debatte im Einwohnerratsprotokoll Nr. 291 vom 8. März 2007 nachliest, kann das Fazit ziehen, dass praktisch alle Fraktionen diesem Förderprogramm positiv gegenüberstanden. Die Pro- und Kontradiskussion drehte sich um Label oder nicht Label (Energistadt) und um Investitions- und Konsumgüter im Aktionsprogramm.

Wenn wir den Abschlussbericht analysieren, dann stellen wir Folgendes fest:

- Für das Aktionsprogramm wurden statt dem budgetierten Betrag von 80'000 nur 36'600 Franken eingesetzt.
- Das Förderprogramm weist eine Budgetunterschreitung von rund 41'800 Franken aus.
- Die beiden zusammen ergeben eine Budgetunterschreitung von rund 85'000 Franken. Aus Sicht der L2O hätte das nicht sein müssen.

Ob sich diese Budgetunterschreitung mit den projektbezogenen Verbuchungen jedoch wirklich verrechnen lassen, kann gut und gern auch anders betrachtet werden.

Zurück zum vergangenen Einwohnerratsausflug. Dieser lieferte doch einige Ideen und mit solchen Ideen hätte die Unterschreitung auch vermieden werden können.

Der bundesrätliche Entscheid von gestern, den Weg aus der Kernenergie zu finden, wird für uns alle eine Herausforderung sein. Die L2O ist überzeugt, dass dies möglich ist, aber ohne unser aller Willen und einem gewissen Pioniergeist wird dies sehr viel schwieriger sein.

Noch eine letzte Anmerkung:

Die Erfolgskontrolle des energiepolitischen Programms vom letzten September definiert Messgrößen und misst an diesen den Erfolg. Diese Abrechnung Nr. 1451 ist ein finanzorientiertes Instrument und es sollte unbedingt versucht werden, Einsparungen in Form von Frankenbeträgen auszuweisen. Den Ausgaben sollten auch Einnahmen (Kosteneinsparungen) gegenübergestellt werden.

Die L2O ist für Eintreten und Genehmigung der Abrechnung.

Auch mich stellt die Abrechnung nicht ganz zufrieden, und zwar darum, weil man die Fördergelder nicht ganz ausschöpfen konnte. Wir haben Ihnen aber im Herbst das neue energiepolitische Programm 2011 – 2015 vorgelegt. Dabei wiesen wir auf die Problematik hin, die sich durch die gewählte Vorgehensweise ergeben hat und wir haben bereits Korrekturen vorgenommen. Wir teilten den Sonderkredit in Jahrestanchen auf und versuchten so, über vier Jahre Gelder zur Verfügung zu haben. Zudem war der Kredit in

Heiri Schwegler (L2O)

Manuela Bernasconi
(CVP)

das Förderprogramm mit einem Betrag von 40'000 Franken und das Aktionsprogramm mit 20'000 Franken, jeweils pro Jahr, aufgeteilt. Es zeigte sich dann, dass die gewählte Methode zu Abgrenzungsproblemen führte, da immer erst ca. Mitte des Folgejahres abgeschätzt werden konnte, ob die Gelder tatsächlich ausgeschüttet werden konnten. Erschwerend kam hinzu, dass im Bereich Energie vieles im Fluss war und dadurch die Rahmenbedingungen der Energiepolitik Anpassungen und hohe Flexibilität erforderten. Während den vier Jahren wurde die Gesetzgebung sogar massiv verschärft. Das bedingte auch Anpassungen in unserem Förderprogramm. All diese Umstände führten wohl dazu, dass schlussendlich die Fördergelder nicht vollständig ausgeschöpft werden konnten. Sie erhielten von uns einen Zusatzbericht mit korrigierten Zahlen. Dass dies nötig wurde, ist ärgerlich und unschön und ich möchte mich dafür entschuldigen. Ich danke Ihnen für das Eintreten auf den B+A Nr. 1451.

Detailberatung

Ich möchte für ein anderes Mal anmerken, wenn etwas nicht stimmt, sollte man die Ergänzungen so machen, dass man den falschen Teil durch eine korrekte Version ersetzen kann. Hier ist es so verschoben und verteilt, dass man nichts vernichten kann, es ist irgendwie ein Durcheinander.

Abstimmung:

Die Abrechnung über das energiepolitische Programm im Betrag von Fr. 154'814.60 wird einstimmig genehmigt.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Robert Odermatt
(SVP)

Robert Odermatt
Einwohnerratspräsident

Ulrich Nussbaum
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin

Versand: 14. Juni 2011